V. „Familie“ und „Frau“ im Weltbild der liberal-konservativen Sammlung

1. Zwischen Individualismus und Korporatismus: Familie als liberal-konservativer Gesellschaftsentwurf

Die familienpolitische Debatte vor dem Ersten Weltkrieg

Während in den meisten europäischen Ländern die letzten drei Jahrzehnte vor dem Ersten Weltkrieg von einem ungebremsen Bevölkerungswachstum geprägt waren, verzeichnete Frankreich, das noch im 18. Jahrhundert das bevölkerungsreichste Land Europas gewesen war, bereits ab 1850 eine Stagnation und bald auch einen langsamen Rückgang der Bevölkerung. Wie in den literarischen Werken von Emile Zola oder Anatole France auf sehr eindrückliche Weise beschrieben wird, war die Ursache dafür die gewollte Selbstregulierung der Kinderzahl vor allem bei den aufsteigenden Mittelschichten. Diese mentale Veränderung, an deren Anfang die Überlegung stand, den wenigen Kindern eine solide Ausbildung und die Chance zum Wohlstand zu ermöglichen, griff rasant um sich und wurde damit zum entscheidenden Faktor der besonderen demographischen Entwicklung Frankreichs. Schon die Zeitgenossen prägten den dafür bis heute gebräuchlichen Begriff des demographischen *malthusianisme*, wobei dieser sowohl zur Anklage wie zur Verteidigung in der familienpolitischen Debatte eingesetzt wurde. Daß es eine solche in Frankreich vor dem Ersten Weltkrieg überhaupt gegeben hat, ist sicherlich ein weiterer Beweis für den demographischen Sonderweg Frankreichs und sollte von entscheidender Bedeutung für das Gelingen einer im übrigen bis heute nachhaltigen Familienpolitik werden.

Es dürfte nach den bisherigen Ausführungen in dieser Arbeit kaum überraschen, daß auch die familienpolitische Debatte in Frankreich vor dem Ersten Weltkrieg in das bipolare Spannungsfeld von *Droite* und *Gauche* eingebettet war. Dennoch war es keineswegs so einfach, wie man denken könnte, daß Natalismus eine Sache der Rechten und Malthusianismus eine Sache der Linken gewesen ist¹; vielmehr verlief die Grenze der beiden Positionen durch die Mitte der klassischen Linken, wobei vor allem die Freimaurer und die Verbände der *Libre Pensée* eher dem Malthusianismus zuneigten, während das große Spektrum der gemäßigten Liberalen der Mitte durchaus natalistische Positionen bezog. Dies brachte es mit sich, daß der Natalismus selbst, der den malthusianistischen Habitus der Gesell-

¹ Natalismus bzw. Pronatalismus wird im folgenden als Aktivität und Propaganda zur Hebung der Geburtenrate verstanden; Malthusianismus bzw. Neomalthusianismus als gewollte und propagierte Senkung der Geburtenrate nach der bevölkerungstheoretischen Lehre von John Malthus. Über die gegen Ende des 19. Jahrhunderts entstandene und bis heute virulente natalistische Konzeption in Frankreich vgl. die stark kritische Studie von Le Bras, Marianne et les lapins, über den Malthusianismus Ronsin, La Grève des ventres, und Diemel, Kinderzahl und Staatsräson.

schaft bekämpfen wollte, in zwei Strömungen gespalten war – eine republikanisch-linke (a) und eine katholisch-rechte (b), die je unterschiedliche Argumentationsfiguren benutzten und Ziele verfolgten. Ergebnis dieser Aufspaltung war ein doppelter Vergesellschaftungsprozeß der natalistischen Interessenvertretung entlang den genannten Bruchlinien.

(a) Zunächst wurde von dem Professor für Anthropologie Bertillon 1896 die republikanisch orientierte *Alliance nationale pour l'accroissement de la natalité française* (ANANF) gegründet, deren Ziel es war, das herrschende Dogma der Zwei-Kinder-Familie zu durchbrechen und durch Intervention bei den Parlamentariern eine materielle Begünstigung kinderreicher Familien zu erwirken. Ihre Methode war einer wissenschaftlich-rationalen Tradition verpflichtet, die durch theoretische Analysen versuchte, soziale, wirtschaftliche, politische und mentale Ursachen des Bevölkerungsrückgangs auszumachen, um ihn dadurch eindämmen zu können. Die Motivation dafür war einem „patriotischen“ Bedürfnis nach Bevölkerungspolitik entsprungen, da man das Schwinden der Geburtenzahlen als potentielle Schwäche der eigenen Wehrkraft (*défense nationale*) betrachtete². Auf Grund ihrer wissenschaftlichen Herangehensweise hatte die ANANF in ihren Publikationen den moralischen Gründen für die Entvölkerung bestimmter Gebiete in Frankreich Gewicht eingeräumt, hütete sich aber davor, explizit das Thema der Religion anzuschneiden, das sie als republikanischen Verband in der Hochphase des französischen Kulturkampfes in arge Bedrängnis gebracht hätte.

(b) Aus Unzufriedenheit darüber und auf Grund tatkräftiger Unterstützung des katholischen Klerus bildete sich daher kurz nach der Jahrhundertwende eine eigenständige „rechte“, oder, wenn man so will, katholische Natalistengruppe heraus, die sich explizit als *Familienbewegung* (*mouvement familial*) verstand. Ihre theoretische Grundlage bildeten im wesentlichen die sozialkatholische Lehre der Päpste sowie die Ideen der legitimistischen Philosophen de Maistre, de Bonald und insbesondere des liberalkatholischen Frédéric Le Play. Alle drei hatten die Familie als Gegenkonstruktion zum „revolutionären“ Individualismus, wie er sich im *Contrat social* und im *Code civil* manifestierte, entworfen und sie deutlich in die korporatistische und monarchistische Denktradition eingewoben³. Im Unterschied zu ANANF entstand sie nicht „von oben“, d. h. auf der Ebene der bürgerlichen Eliten in Paris, sondern in den einzelnen Regionen und Départements und war nicht selten vom niederen Klerus und der sozialkatholischen Vereinsstruktur getragen. Beispiele hierfür sind die *Action sociale* des gesellschaftlich sehr engagierten Bischof Gibier von Versailles sowie die *Action populaire* in Reims unter P. Leroy, die beide erste Verbandsstrukturen für kinderreiche Fami-

² Vgl. das Buch des langjährigen Vorsitzenden der AN, Fernand Boverat, *Patriotisme et Paternité* (1913), dessen Devise „La Dépopulation, c'est la guerre“ war.

³ Dies geschah auch vor dem Hintergrund der in Frankreich besonders starken neoscholastisch-thomistischen Renaissance, die die katholische Naturrechtslehre vom Menschen als *animal sociale* dem Individualismus der Moderne entgegensetzte. Vgl. die für den deutschen Katholizismus in der Weimarer Republik sehr ertragreiche Studie von Heinemann, *Familie zwischen Tradition und Emanzipation*, S. 109–132, und für Frankreich Dupâquier/Faure-Chamoux, *La famille*.

lien gründeten⁴. Gebündelt wurden die zahlreichen lokalen und regionalen Gruppen 1908 in der *Ligue populaire des pères et mères de familles nombreuses* (*Ligue Maire*) unter dem Hauptmann Maire, dem es bis 1914 gelang, die Zahl der Mitgliedsverbände auf über 1500 zu erhöhen und eine zentrale Vernetzung der katholischen Familienbewegung herbeizuführen.

Wenn man nun nach der Verortung von Progressisten und ALP im Gefüge der doppelt entwickelten Natalistenbewegung fragt, so zeigt sich, daß beide zwar dezidiert pronatalistische Positionen vertreten haben, jedoch in ihrer Argumentation und ihrem Engagement verschieden blieben. Mit legitimistischen Sozialkatholiken wie Albert de Mun stellte sich die ALP deutlich in die Tradition des konservativistischen Familiendiskurses und war über die Zeitung *L'Eclair* eng mit der *Ligue Maire* verbunden⁵. Da sich weder die AF noch der Sillon vor 1914 für die Familienproblematik interessierten, konnte die ALP dieses Thema auf der rechten Seite gewissermaßen monopolisieren. In ihrer Argumentation schloß sie sich dabei der Linie der kirchlichen Hierarchie an: Ursache des Bevölkerungsrückgangs war für sie im Grunde die Entchristianisierung des Landes seit der Revolution und ihre gravierenden „moralischen“ Konsequenzen wie Abtreibung und Empfängnisverhütung. Durch Individualisierung des Rechtsverständnisses und Maßnahmen des republikanisch-laizistischen Staates wie die Einführung des Scheidungsrechtes oder die Trennung von Schule und Kirche sei diese allgemeine gesellschaftliche Verfallserscheinung noch unterstützt worden. Im Anschluß an die von der Enzyklika *Rerum Novarum* von 1891 aufgestellte Soziallehre Leos XIII. postulierte die ALP eine prinzipielle und vorstaatliche Autonomie der Familie, in die einzugreifen kein staatliches Organ befugt war. Die Mobilisierung von Familienverbänden diene daher nicht nur der Verteidigung materieller Interessen kinderreicher Familien, sondern war ein gegen den modernen Individualismus gerichteter gesellschaftlicher Gegenentwurf, der Familie als organischen Teil einer korporatistischen und christlich-katholischen Sozialordnung verstand.

In den östlichen Gebieten Frankreichs war die ALP des weiteren mit einer eigenen katholischen Bewegung für Familieninteressen verbunden, der *Union des associations catholiques de chefs de famille* (ACCF) unter Jean Guiraud⁶. Die Vertei-

⁴ Zu Gibier vgl. seine Werke *Nos plaies sociales* (1900), und *La désorganisation de la famille* (1901), zur *Action sociale* vgl. *La Croix* vom 25. 9., 1. 10., 9. 10. 1917 und 10. 1. 1918. Zur *Action populaire* und den *Semaines Sociales*, die 1911 zum ersten Mal einen Kongreß über die Entvölkerung abhielten, vgl. Droulers, *Le Père Desbuquois*, und ders., *L'Action populaire et les Semaines sociales de France*.

⁵ *L'Eclair* um Ernest Judet war ein bonapartistisches Blatt, das die *rallierte* ALP voll unterstützte. Es diente gleichzeitig als Öffentlichkeitsorgan der *Ligue Maire*.

⁶ Jean Guiraud selbst war lange Zeit Vorsitzender der ALP im Doubs. Ebenfalls im Vorstand der ALP sowie der ACCF war der spätere Abgeordnete Paul Gay (Haute-Saône). Im Mai 1911 wurde in Paris der Zusammenschluß aller ACCF-Verbände unter der Ägide des Monarchisten Colonel Keller sowie Jean Guiraud vollzogen. Es entstanden 22 Modellkomitees nach dem Vorbild des Doubs mit den Schwerpunkten Haute-Savoie, Marne, Isère, Rhône, Aisne, Saone-et-Loire, Ain, Haute-Marne, Yonne, Drôme. Vgl. Talmy, *Histoire du mouvement familial*, S. 151ff., und Brugerette, *Le prêtre français*, Bd. III, S. 53ff. Zur Personalunion von ALP und ACCF-Vorsitzenden in den einzelnen Gemeinden vgl. die Aufstellung von Jean Guiraud vom 4. 12. 1912 für die Franche-Comté in: AN 362, AP 151, Dossier 4. Die Zahl der Mitgliedsverbände wurde auf 659, die der Mitglie-

digung religiös-paternalistischer Familienvorstellungen und die Eindämmung der Entvölkerung hatten sich dort mit dem Kampf gegen die neutrale Staatsschule verbunden und spiegelten auf eindruckliche Weise die konservativ-katholische *dé-fense-religieuse*-Strategie der ALP wider. Die ACCF griff besonders stark in den „Kampf um die Schulbücher“ ein und verließ damit ihr ursprüngliches Gebiet der Familienpolitik. Unter ihrem sehr engagierten Vorsitzenden Jean Guiraud, dem späteren Chefredakteur von *La Croix*, konnte sie über die Gründung von Elternvereinen bis 1914 fast 170 öffentliche Schulen *de facto* kontrollieren und stand im permanenten Kampf mit der öffentlichen Verwaltung⁷. Die von Guiraud publizierte Zeitschrift *Ecole et Famille*, die den programmatischen Dualismus der Organisation im Namen führte, diskutierte die Familienproblematik immer ausschließlich unter dem Gesichtspunkt der religiösen Erziehung der Kinder, auf die die „Familienchefs“ einen naturrechtlichen Anspruch hätten⁸. Ihr zentrales Anliegen wurde dadurch immer weniger die Familienpolitik als solche, denn vielmehr die Durchsetzung der katholischen Weltanschauung bei der Kindererziehung. Sowohl die ideengeschichtliche Verortung wie auch die Untersuchung struktureller Netzwerke des katholischen Natalismus haben daher ergeben, daß Pronatalismus und Familienpolitik für die ALP kein eigenständiges politisches Anliegen darstellten. Sie waren vielmehr Bestandteil des umfassenden Forderungskatalogs der katholischen Sammlung und dem Kampf gegen den laizistischen Staat untergeordnet. Insofern waren sie in dieser Form ein „rechtes“ Postulat.

Für die *Progressisten* hingegen war die Positionierung in diesem Spannungsfeld des Pronatalismus äußerst schwierig. Einerseits sahen sie ein, daß es einen nicht zu leugnenden geographisch-demographischen Zusammenhang zwischen Religiosität und Population gab, da gerade die entchristianisierten Gebiete Zentral- und Südwestfrankreichs die höchsten Geburtenrückgänge verzeichneten; umgekehrt wiesen Gebiete mit hoher religiöser, d. h. katholischer Verhaftung wie die Bretagne oder der Osten weiterhin steigende Geburtenraten auf. Andererseits mußten die *Progressisten* jedoch vermeiden, in den Sog der katholischen Familienbewegung zu geraten, da sonst ihre *sincérité républicaine* auf dem Spiel stand. Ein *progressistischer* Abgeordneter wie Louis Dubois unterstützte daher zwar die ACCF und

der auf über 50 000 geschätzt, so ein Bericht der *surêté* vom Juli 1921 in AN, F/7 12949. Allein in der Isère bestanden 1914 241 ACCF-Gruppen, vgl. Barral, *Le Département de l'Isère*, S. 265.

⁷ Anders als im Westen war im östlichen Frankreich der traditionelle Adel seit dem 17. Jahrhundert immer mehr verschwunden und damit auch die soziale Basis für ein Netz von katholischen Privatschulen, wie z. B. in der Bretagne. Da Teile Lothringens, der Franche-Comté und Savoyens weiterhin stark katholisch geprägt waren, entwickelten sich unter Guiraud diese Selbsthilfeorganisationen der ACCF, die das Thema Familie auf das engste mit dem Thema Schule verflochten. Ihre Teilverbände sammelten 1914 immerhin 1,2 Millionen Unterschriften gegen die neutrale Staatsschule (*La Croix* vom 13. 7. 1914). Auf Grund der bitteren Auseinandersetzungen um die Schulbücher wurde z. B. der ACCF-Verband von Bayonne 1911 verboten; der offizielle Rechtsstatus der ACCF wurde sogar erst am 23. 7. 1918 vom obersten Verwaltungsgericht anerkannt.

⁸ Die Schwerpunktverlagerung von *famille* auf *école* kann anhand der Briefe von Paul Gay an Guiraud vom 13. 3. 1910, 27. 12. 1912, 16. 2. 1913 und 15. 1. 1914, nachvollzogen werden. In: AN 362, AP 148, Dossier 2.

abonnierte sogar deren Zeitung *Ecole et Famille*⁹, trat damit aber weder in die Öffentlichkeit noch gründete er einen Lokalverband in seiner Heimatgemeinde. Die zwischen der rechten und linken Natalistenbewegung oszillierende¹⁰ Position der *Progressisten* zeigte sich besonders deutlich in ihrer Argumentation. Der Antrieb für Familienpolitik erfolgte nämlich nicht vor dem Hintergrund der katholischen Soziallehre und ihrer antimodernistischen Stoßrichtung, sondern auf Grund der Sorge um die nationale Wehrkraft.

Im Sinne dieses nationalistisch motivierten Natalismus erklärte der *Progressist* Louis Marin 1912 vor einem Mädchenpensionat in Ecoeu, daß eine große Familie nicht nur das Ziel der menschlichen Natur, sondern auch „un service civique et national“ und ein „dévouement patriotique“ sei¹¹. Diese Position, die den physischen Erhalt der Nation in den Mittelpunkt der familienpolitischen Debatte stellte, unterschied sich kaum von der anderer *Progressisten* wie Méline¹² und reflektierte auch die allgemeine Argumentationslinie der AN. Familienpolitik wurde somit in erster Linie als Bevölkerungspolitik begriffen, wobei diese wiederum im Zuge der nationalistischen Erhitzung vor dem Ersten Weltkrieg ein entscheidendes Element der Verteidigungspolitik war¹³. Gleichwohl gab es aber auch Unterschiede zwischen den *Progressisten* und dem Gros der der ANANF angehörenden republikanischen Natalisten. Während die letzteren ausdrücklich das Ziel verfolgten, den Wohlstand einer Zwei-Kinder-Familie auf eine Drei- oder Vier-Kinder-Familie durch staatliche Hilfen auszuweiten, zogen die *Progressisten*, ganz ihrer liberalen Tradition entsprechend, die genossenschaftliche Selbsthilfe der staatlichen Intervention vor. Sie akzeptierten daher auch das Leitbild von drei oder vier Kindern nicht, sondern postulierten weiterhin *familles nombreuses* mit mehr als sechs Kindern als Idealfamilie. Das damit zwangsläufig verbundene Armutsrisiko sollte durch private Verbände unter Führung bürgerlicher Patrone vermindert werden. Der entscheidende argumentative Unterschied zu den linken und rechten Natalisten bestand jedoch darin, daß die *Progressisten* moralisch-religiöse Gründe als *causa prima* für den Bevölkerungsrückgang aner-

⁹ Zwei Briefe von Louis Dubois an Guiraud vom 17. 8. 1911 und 13. 5. 1913, in: AN 362, AP 148, Dossier 2.

¹⁰ Oszillierend war auch die Haltung zum Scheidungsrecht: Einerseits waren die *Progressisten* die prononciertesten Verfechter einer „bürgerlichen Familie“ als staatsunabhängigem Hort moralischer Ordnung, entsprechend der für die bürgerliche Welt typischen Trennung von Öffentlichem und Privaten (Thomas Nipperdey, *Deutsche Geschichte 1866-1918*, Bd. 1, S. 44), andererseits waren es ihre Vorläufer um Ferry, die 1884 das Scheidungsrecht als republikanische Errungenschaft einführten und damit in den „staatsfreien“ und privaten Raum der Familie eingriffen. Erst nach dem Ersten Weltkrieg konnten sie eine einheitliche Position dazu festlegen.

¹¹ Discours prononcé à la distribution des Prix, Maison d'Education d'Ecoeu, 23. 7. 1912, par Louis Marin, ein Exemplar in AN 317, AP 223.

¹² In seinem Buch *Retour à la terre*, S. 109f. Für ähnliche Positionen vgl. Offen, *Exploring the Sexual Politics of Republican Nationalism*, und dies., *Depopulation, Nationalism and Feminism*.

¹³ Diese Verknüpfung von Familienpolitik und Verteidigungspolitik konnte soweit führen, daß in der 2. *commission interministérielle de la natalité* 1911 die katastrophalen Ergebnisse des Bevölkerungsrückganges geheimgehalten wurden, um den Spott Deutschlands nicht zu provozieren. Vgl. Talmy, *Histoire du mouvement familial*, S. 131.

kannten¹⁴, und damit über die Position der ANANF hinausgingen, ohne jedoch dezidiert katholische Postulate daraus abzuleiten, wie es die rechten Natalisten taten¹⁵. Natalität war für sie keine Frage der Religion, kein Faktor der Dogmatik oder der katholischen Lehre und mithin an eine christliche Umwandlung des Staates gebunden, sondern ein Faktor der öffentlichen Moral, zu der die Religion neben anderen Traditionen und Sitten gehörte¹⁶.

Der traditionalistische und nationalistische Natalismus der Progressisten befand sich im Frankreich der Jahre vor dem Ersten Weltkrieg jedoch in einer blockierten Position, genauso wie die Bedürfnisse der kinderreichen Familien selbst. Durch den alles bestimmenden Kulturkampf war Familienpolitik ein so heikles Thema geworden, daß eine 1901 eingerichtete *commission extraparlamentaire de la dépopulation* bald wieder die Arbeit einstellte. Keiner wagte, das Thema öffentlich zu diskutieren, weil er ein schnelles Abgleiten in eine weltanschauliche Debatte fürchtete. So scheiterten beispielsweise auch die verschiedenen Initiativen des Sozialkatholiken Abbé Lemire zur Hebung der Natalität an Verzögerungsmanövern von Poincaré und Caillaux, die darin eine Gefahr für den republikanisch-laizistischen Konsens erblickten. Selbst die großbürgerliche Presse von Paris um die *Revue des Deux Mondes* oder die *Revue politique et parlementaire* widmete dem Problem der Natalität nur je einen Artikel in den Jahren zwischen 1896 und 1914, was mehr als Zeichen der hohen Brisanz dieses Themas als das mangelnder Aufmerksamkeit interpretiert werden muß¹⁷. Erst die unmittelbare Vorkriegszeit sollte in ihrer nationalistischen Erhitzung eine parteiübergreifende Zusammenarbeit auf dem Feld der Familienpolitik erlauben, zunächst durch die Gründung eines *groupe de défense des familles nombreuses* 1911 in der Kammer¹⁸, sodann durch die *loi d'assistance aux familles nombreuses* 1913 sowie den *sursalaire familiale* für

¹⁴ Paradigmatisch hierfür kann das Umfeld der *Académie des Sciences Morales et Politiques* stehen, in dem führende Progressisten wie Leroy-Beaulieu oder Beauregard aktiv waren. 1906 wurde dort ein *Concours* eröffnet, der in mehreren Berichten zu dem einheitlichen Ergebnis kam, daß die *donnée religieuse* das Grundproblem der Depopulation darstellte. 1908 eröffnete auch die *Ecole de la Science Sociale* ihren Jahreskongreß mit der gleichen Frage, wo als Berichterstatter unter anderem die Progressisten Picot, Marin und Madelin den religiös-moralischen Faktor betonten.

¹⁵ Paul Leroy-Beaulieu ging darauf in mehreren Artikeln im liberalen Blatt *L'Économie Française* ein, z. B. am 25. 6. 1910. Seine Artikel wurden 1913 als Buch mit dem Titel *La Question de la Population* von der *Académie des sciences morales et politiques* publiziert.

¹⁶ Vgl. die Aussage des Progressisten Auguste Isaac, des späteren Führers des *Mouvement familial* aus dem Jahre 1908: „Je crois que ni les lois ni les prescriptions d'hygiène n'y peuvent rien changer. Ce qui fait la population c'est la natalité, ce qui fait la natalité, c'est avant tout la morale“, zitiert nach Talmay, *Histoire du mouvement familial*, S. 60.

¹⁷ Emmanuel Labat, *La dénatalité en Gascogne*, in: RDDM vom 1. 7. 1911, S. 62–95, und Ch. Bournisien, *L'affaiblissement de la natalité française*, in: *Revue Politique et Parlementaire* vom 1. 5. 1911. Nur wenige Publizisten widmeten sich mit warnenden Büchern dem Thema: Deherme, *Croître ou disparaître* (1910), und Vuillermet, *Le suicide d'une race* (1910).

¹⁸ Die 264 Mitglieder umfassende Gruppe stand unter dem Vorsitz des Radikalen Buisson, Vizepräsident war der Progressist Lefebvre du Prey, führende Mitglieder waren die AN-Aktivistin und Linksrepublikanerin Landry, und Honorat sowie de Gailhard-Bancel von der ALP.

Angestellte des öffentlichen Dienstes im gleichen Jahr¹⁹. Angesichts der dramatischen Differenzen des Bevölkerungswachstums zwischen Frankreich und seinen Nachbarstaaten, zumal Deutschland, stellten diese Errungenschaften jedoch lediglich einen Minimalkonsens der verschiedenen Natalisten dar, ohne Ausdruck einer konsequent verfolgten Familienpolitik zu sein. Auch in diesem Fall sollte der Erste Weltkrieg eine katalytische Wirkung auf die bereits begonnenen Prozesse entfalten.

*Die Entwicklung eigenständiger familienpolitischer Vorstellungen
im Ersten Weltkrieg im Umfeld der RDDM*

Da auf Grund der Kriegshandlungen die Aktivität in den verschiedenen Natalistenverbänden ruhte, verblieb das Spektrum der bürgerlichen Tagespresse und der halbmonatlichen Zeitschriften das einzige Aktionsfeld für die familienpolitische Debatte. Angesichts des erwähnten Schweigens anerkannter großbürgerlicher Zeitungen wie der *Revue des Deux Mondes* vor dem Weltkrieg ist es um so bemerkenswerter, mit welcher Intensität man sich dort, aber auch bei anderen Organen, dem Problem der Natalität kaum ein Jahr nach Kriegsausbruch zu widmen begann. Auf einen ersten Schub mehrerer maßgeblicher Artikel dazu im Sommer 1915, als das blutige Scheitern der Frühjahrsoffensiven von 1915 bekannt wurde, folgte ab Januar 1917, ebenfalls nach Bekanntwerden des hohen Blutzolls der Schlacht von Verdun, eine zweite Artikelserie in der RDDM²⁰. Die Autoren bekannten ganz offen, daß der Krieg das politische Klima bezüglich dieses zuvor heiklen Themas verändert habe und so eine freie Diskussion „endlich“ möglich werde. Sie sprachen dabei von einer „*importance primordiale*“ die der Natalität zukomme, von einer Frage um Leben und Tod der französischen Nation, und bezeichneten die Entvölkerung als einen noch schlimmeren (!) Feind als die „barbarischen Horden“ Wilhelms II.²¹. Man kann sich des Eindrucks nicht erwehren, daß der Krieg die weltanschaulichen Blockaden wie ein Ventil geöffnet hat, so daß der angestaute natalistische „Druck“ der Vorkriegszeit freigegeben wurde und zur vollen Entfaltung kommen konnte.

Die in der RDDM erschienenen Artikel entwickelten eine eigene Argumentationslinie, die den vorherrschenden Gegensatz zwischen linken und rechten Natali-

¹⁹ Das Gesetz wurde am 14. 7. 1913 beschlossen, Berichterstatter war der *Progressist* Cheron (Calvados). Es legte eine obligatorische Beihilfe des Staates für Väter von mehr als vier Kindern von 60 bis 90 *Francs* (*allocations*) nach Bedürftigkeit fest. Ebenfalls 1913 wurden die Ideen von Lemire aufgenommen, und Soldaten, Beamte und PTT-Angestellte je nach Kinderzahl höher bezahlt (*sursalaire familiale*), vgl. Talmy, *Histoire du mouvement familial*, S. 162-164.

²⁰ Die erste Serie M.C.Colson, *La Tâche de Demain: La population*, in: RDDM vom 15. 4. 1915, S. 840-875, Charles Richet, *La Dépopulation de la France*, in: RDDM vom 15. 5. 1915, S. 425-432, die zweite Artikelserie Emile Picard, *La Répopulation Française*, in: RDDM vom 15. 1. 1917, S. 372-388, Etienne Lamy, *La Flamme qui ne doit pas s'éteindre*, in: RDDM vom 15. 11., 1. 12. und 15. 12. 1917. Parallel veröffentlichte E. Jordan den Artikel *Dépopulation et lois successorales*, in der *Revue politique et parlementaire* 93 (1917), S. 42-51. Ebenso Galéot, *L'Avenir de la race* (1917).

²¹ Zitiert nach Richet, *La Dépopulation*, S. 425 und 427, sowie Picard, *La Répopulation*, S. 376.

sten aufzuheben versuchte. Sie sollten damit wegweisend für die familienpolitische Position der liberal-konservativen Sammlung nach 1918 werden. Diese Position zeichnete sich durch drei Spezifika aus, die alle bereits während des Krieges thematisiert wurden: Es handelt sich hierbei um die gemeinsame Motivation für Familienpolitik (I), die konkreten Maßnahmen (II) und die postulierte Idealvorstellung der Familie (III).

(I) Bevölkerungspolitische und aus der Religion stammende sozialmoralische Argumentationslinien verbanden sich zu einer spezifischen neuen Motivation. So wies man einer steigenden Geburtenrate nach dem Krieg die entscheidende Bedeutung für den „Gewinn des Friedens“ zu, einerseits durch militärische Abschreckung, andererseits durch eine wachsende Wirtschaft und koloniale Ausdehnung²². Dieses bevölkerungspolitische Moment vermengte sich mit dem sozialmoralischen Anspruch an die Familie, insbesondere die kinderreiche und ländliche, als Garantin einer öffentlichen Moral und „gesunder“ Traditionen²³. Gerade der republikanische Katholik Etienne Lamy, der bezeichnenderweise schon in den 1890er Jahren das erste *Ralliement* maßgeblich mitgetragen hatte, verwies in seinen drei Artikeln auf die enge Verbindung von Glauben, Patriotismus und traditioneller Lebensweise, die eben nicht vom „sterilen“ Arbeiter der Großstadt, sondern vom Landmann praktiziert werde²⁴. Diese Anklänge an agrarromantische Vorstellungen erlaubten es Lamy, die Familie als prinzipielle *cellule sociale* der Gesellschaft aus dem fundamentalkatholischen „Magnetfeld“ zu lösen und so als eigene Ordnungsvorstellung zu etablieren. Der kinderreichen und traditionellen Familie kam damit eine eigene sozialmoralische Qualität zu, die den katholischen Natalismus der Rechten und den bevölkerungspolitischen der Linken verbindend aufhob und neu generierte.

(II) Diese eigene sozialmoralische Qualität der Familie sollte in der Vorstellung von Lamy, Colson, Richet und Picard auch in konkreten legislativen Maßnahmen zum Ausdruck kommen. Ihre Kritik bezog sich insbesondere auf das Gesetz von 1913, das nur bedürftigen kinderreichen Familien staatliche Unterstützung gewährte. Während das Bedürftigkeitsprinzip eher einem sozialkaritativem Denken entsprang, forderten sie eine *prinzipielle* staatliche Unterstützung für alle kinderreichen Familien, arme wie reiche, um die qualitativ neuartige Rolle der Familie zu würdigen. Basis staatlicher Hilfsprogramme sowie der gesamten Steuergesetzgebung sollte weder das Individuum sein, wie es die Revolution geschaffen hatte,

²² Picard, *La Répopulation*, S.375ff., (Stichworte „perpétuité de la patrie, gagner la paix“), Colson, *La Tâche*, S.844 („amour de la patrie, avenir de la patrie, arrêter la décadence, réparer des pertes“).

²³ Eine „fruchtbare“ Familie war das beste Bollwerk gegen moralische Verfallserscheinungen, die die französische „Rasse“ angriffen: Alkoholismus, Syphilis und Abtreibung. Colson, *La Tâche*, S.865. Die „sterilen“ Familien oder die Unverheirateten zeichneten sich durch „égoïsme, la soif des jouissances, la crainte de l'effort“ aus, Picard, *La Répopulation*, S.376. Demgegenüber stünden die „vertus familiales“ als Garanten des „ordre moral“, *ibidem*, S.379.

²⁴ Die Gegenüberstellung von Fabrikarbeiter, geprägt von den „nihilismes désespérants“, und Landmann mit „sens traditionnel“, in: Lamy, *La Flamme* III, S.834ff. Lamy setzt in seinen Artikeln das Denken von René Bazin fort, indem er die „resurrection de la race“ an die Rückkehr zu einer ländlichen Großfamilie gebunden sieht.

noch die Korporation oder der Berufsstand, wie es konservativistische Denker gefordert hatten, sondern die Familie als hierarchisch strukturierte Keimzelle der Gesellschaft. Sogenannte „célibataires“ sollten alle Steuervergünstigungen und Bevorzugungen verlieren²⁵. Neben materiellen Begünstigungen sollte den kinderreichen Familien auch eine politische Sonderstellung zukommen, um, wie es Lamy formulierte, aus dem „père de famille“ einen „citoyen politiquement supérieur au célibataire“ zu machen. Die maßgebliche Forderung auf diesem Gebiet war die nach dem *vote familial*, d. h. nach einer Neujustierung des allgemeinen Wahlrechts, das nicht mehr nur Individuen, sondern die Familie als Basis der politischen Willensbildung anerkennen sollte²⁶. Jedem Familienvater sollten zusätzlich zu seiner eigenen Stimme noch die seiner unmündigen Kinder zukommen, um den Interessen der Familien ein proportionales Übergewicht über die der Kinderlosen zu verschaffen. Der *vote familiale* wurde später zu einer Kernforderung der liberal-konservativen Sammlung und wird daher unten ausführlicher besprochen werden.

(III) Den besonderen materiellen und politischen Begünstigungen der kinderreichen Familien entsprach auf ideengeschichtlicher Seite die Überzeugung, daß der Krieg die Notwendigkeit eines neuen Familienbildes offenkundig gemacht hatte, das zu propagieren eines der Hauptanliegen der liberal-konservativen Sammlung wurde. Die Schlüsselfigur in diesem Prozeß war der Seidenindustrielle Auguste Isaac aus Lyon²⁷, selbst Vater von zehn Kindern, der von 1921–1924 Vorsitzender der FR war, und der gemeinsam mit dem späteren Vizepräsidenten der FR, Georges Pernot, zum wichtigsten Begründer eines eigenständigen *mouvement familial* der Zwischenkriegszeit avancieren sollte. Ihm gelang es schon während des Krieges, einen zunächst stark katholisch dominierten Verband für kinderreiche Familien unter Führung des katholischen Patronats in Nordfrankreich vom religiösen Primat zu lösen und ganz auf eine familienideologische Linie zu bringen, maßgeblich unterstützt im übrigen von Etienne Lamy. Robert Talmy hat in seinem bis heute unüberholten Standardwerk den Terminus von den *familiaux* – im Unterschied zu den Natalisten – für diese Richtung geprägt, weil sie eine „mystique familiale“, d. h. ein verklärendes Idealbild der Familie entworfen und propagiert haben²⁸. Ab 1915 kristallisierten sich diese *familiaux* um den Verband *La Plus Grande Famille* heraus, dessen erster Vorsitzender Isaac wurde, und der, wie

²⁵ Z. B. Aufhebung der Steuerbefreiung für sozial schwache, aber alleinstehende Mieter; proportionale Einkommenssteuer nach Kinderzahl (Revision des Gesetzes vom 15. 7. 1914), Aufhebung der kostenlosen medizinischen Beihilfe für Alleinstehende (Revision des Gesetzes vom 15. 7. 1893), Aufhebung der Altenunterstützung für Alleinstehende (Revision des Gesetzes vom 14. 7. 1905). Vgl. Colson, *La Tâche*.

²⁶ Picard, *La Répopulation*, S. 387ff. Die Rechnung ging folgendermaßen: Von 36 Mio Franzosen gehörten 23 Mio. einer Familie mit drei oder mehr Kindern an, die aber nur von 3 Mio. Vätern repräsentiert wurde. Diese sollten das Wahlrecht für die Kinder und im übrigen auch für die Frauen im Haushalt bekommen.

²⁷ Zur familienpolitischen Aktion Isaacs vgl. Talmy, *Histoire du mouvement familial*, S. 180f., sowie *Le Salut public de Lyon* vom 26. 3. 1938. Eine kurze biographische Notiz über die familienpolitischen Aktivitäten auch in: AN 317, AP 78.

²⁸ Talmy, *Histoire du mouvement familial*, S. 180–189. Talmy selbst entstammt dem Umfeld der Familienbewegung und hat daher nicht immer eine strikte Objektivität gewahrt. Seine Analysen, die er auf einen unzugänglichen Nachlaß von Achille Glorieux stützen konnte, sind dennoch immer noch sehr wertvoll.

der Name schon sagt, allein die materiellen und moralischen Interessen von *kinderreichen* Familien, d. h. Familien mit mehr als fünf Kindern, vertreten wollte. Es ging ihm weniger um die allgemeine Hebung der Natalität im Sinne der Dritt-Kind-Familie der ANANF noch um die Durchsetzung der katholischen Familienlehre, sondern allein um die Etablierung der *famille nombreuse* als patriotisches und traditionelles Ordnungsmodell für die Nachkriegszeit. In diesem Sinne wurde auf den ersten *Journées familiales* 1917 auch ein öffentlicher Preis an einen Bauern verliehen, dessen zwölf Söhne und zehn Enkelsöhne unter den Fahnen standen, und der das Idealbild von *La Plus Grande Famille* aufs trefflichste verkörperte.

Am Ende des Ersten Weltkriegs hatte sich also eine neuartige pronatalistische Strömung herausgebildet, die die rechten und linken Ausprägungen der Vorkriegszeit synthetisch überwunden hatte und aus ihrer Motivation heraus, in ihren Forderungen und ihrem Idealbild der kinderreichen Familie eine eigene Berechtigung und sozialmoralische Qualität zusprach. Auf Grund der Kriegsmobilisierung war dieser Prozeß zunächst nur auf intellektueller Ebene, im Umfeld der RDDM, erfolgt, sowie bei einem Nukleus engagierter Familienpolitiker um Auguste Isaac und Etienne Lamy²⁹; eine wirkliche Vergesellschaftung sollte erst nach 1918 beginnen. Die Betonung der „Moral“ als Ursache der Entvölkerung und damit auch die Notwendigkeit einer Gegenmoral, nämlich der einer traditionsverhafteten und patriotischen Großfamilie, enthielt in sich ferner genau jenen Konsens, der kennzeichnend für die liberal-konservative Sammlung werden sollte. Die Vorstellung der *famille nombreuse* erwies sich dort als fruchtbarer Boden für die Zusammenarbeit derjenigen Katholiken, die ihr natalistisches Familienbild aus der katholischen Soziallehre befreit hatten, mit den *Progressisten*, denen Verteidigungsbereitschaft und Traditionalismus wichtiger waren als das republikanische Individualprinzip. Es überrascht daher kaum, daß bereits auf den ersten Kongressen der *familiaux* 1917 und 1918 fast ausschließlich Vertreter der *Progressisten* und der ALP anwesend waren³⁰, und daß das Familienbild in dieser neuen Form zu einem zentralen Punkt der politischen Forderungen von ERD und FR gerinnen konnte.

Die „kinderreiche Familie“ als gesellschaftliches Ordnungskonzept der liberal-konservativen Sammlung

Nach dem Ende des Ersten Weltkriegs wurde sich die französische Öffentlichkeit sehr schnell bewußt, daß die Kämpfe einen gewaltigen Aderlaß gefordert hatten, der angesichts der ohnehin seit Jahren schwindenden Geburtenzahlen einer bevölkerungspolitischen Katastrophe gleichkam. 1,4 Millionen gefallene Soldaten und 500 000 getötete Zivilisten waren der Blutzoll für das nationale Überleben gewesen, darunter oftmals gerade die „zeugungsfähigsten“ Jahrgänge. Manche kleinere

²⁹ Der sehr aktive Sekretär von *La Plus Grande Famille*, Achilles Glorieux, war 1915 auf Antrag des ALP-Abgeordneten Joseph Denais demobilisiert worden, um den Verband organisieren zu können!

³⁰ 1917 waren es die beiden ALP-Abgeordneten Grousseau und Denais sowie die *Progressisten* Dubois, Lefas und Roulleaux-Dugage. 1918 hatte Isaac u. a. die ALP-Leute de Gailhard-Bancel und Duval-Arnould sowie die *Progressisten* Benoist und Lefebvre du Prey geladen. Eintrag vom 8. 9. 1918, Carnets, S. 317 (mit Rückblick auf 1917).

Gemeinden bestanden z.T. nur noch aus Frauen und Alten, und die Jahrgänge 1914–1919 erhielten bald den vielsagenden Beinamen der *classes creuses*. Selbst die 1,7 Millionen „neuer“ Franzosen aus dem Elsaß konnten langfristig die Kriegsverluste nicht aufwiegen³¹. Die Hebung der Geburtenrate durch eine aktive Familienpolitik avancierte daher zu einem zentralen Anliegen der *Bloc-National*-Regierungen von 1920–1924, was sich bereits bei den Wahlen 1919 ankündigte, für die die meisten Kandidaten der *Bloc-National*-Listen mit einem natalistischen Programm angetreten waren. Unter maßgeblicher Mitwirkung der ERD-Fraktion entstanden in der Folgezeit mehrere staatliche Behörden, wie 1920 der *Conseil Supérieur de la Natalité* und 1923 die *Commissions départementales de la Natalité*, die materielle Unterstützung, juristische Beratung und natalistische Propaganda im Sinne der kinderreichen Familien koordinieren sollten. Es ist dabei zu betonen, daß dieser natalistische Konsens, der mental noch stark den Kriegsereignissen verpflichtet war, ein weites politisches Spektrum überspannte, von den *républicains socialistes* auf der Linken bis ganz rechts zur AF.

Die liberal-konservative Sammlung nahm gleichwohl innerhalb dieses Spektrums eine eigene Position ein, sowohl was ihre Initiativen (I) als auch was ihren ideologischen Kern (II) betraf.

(I) Wenn man sich zunächst den Initiativen zuwendet, ist festzustellen, daß an allen möglichen „Fronten“ der natalistischen Aktion Vertreter der ERD in vorderster Linie standen. Auguste Isaac war nicht nur Vorsitzender von *La Plus Grande Famille*, sondern auch des staatlichen *Conseil supérieur de la Natalité*; gleichermaßen bekleideten die Abgeordneten Désiré Ferry (Meurthe-et-Moselle), Georges Pernot (Doubs, Abgeordneter ab 1924), Jean de Tinguy de Pouet (Vendée) und Joseph Delachenal (Isère) führende Positionen in den departementalen Natalitätsbehörden. Das Mißtrauen, das gerade katholische Natalisten wie Pernot oder de Tinguy vor dem Krieg gegenüber der republikanischen Verwaltung gehabt hatten, war einer konstruktiven Mitarbeit und einem couragierten Auftreten gewichen. Auch im Parlament wurden die wichtigsten Initiativen auf dem Gebiet der Familienpolitik stets von Vertretern der ERD eingebracht, so z. B. der Bericht zur *loi d'assistance aux familles nombreuses* 1923 von Joseph Delachenal. Wenngleich also der gesamte *Bloc National* pronatalistische Positionen vertrat, so gelang es doch der ERD, die Initiative, und zu einem gewissen Teil auch die Inhalte auf diesem Gebiet zu monopolisieren. Nicht selten sprachen *familiaux* wie Isaac oder de Tinguy explizit im Namen der *familles-nombreuses*-Verbände für die ERD in der parlamentarischen Debatte³².

³¹ Als eine für viele Stimmen Max Turmann, *Les idées et les faits sociaux*, in: *Le Correspondant* vom 10.2.1921, S.529–553, hier S.529: „La guerre nous a vraiment appris quelque chose: partout, dans le monde politique et gouvernemental comme dans les milieux industriels ou agricoles, on commence à se préoccuper de favoriser les foyers peuplés d'enfants.“ Aus historisch-demographischer Perspektive Reggiani, *Procreating France*, Huss, *Pronatalism in the Interwar Period in France*, und Camiscioli, *Producing Citizens*. In vergleichender Perspektive: Koven/Michel, *Womanly Duties: Maternalist Politics and the Origins of the Welfare States*.

³² So de Tinguy 1920, als er sich für eine proportionale Steuerverteilung für kinderreiche Familien gemäß der Kinderzahl aussprach, *JO, Débats, Chambre*, 17.4.1920, S.1054, und Isaac am 22.3.1921, wo er im Namen von *La Plus Grande Famille* eine Rede hielt, *JO*

Diesem familienideologischen Auftreten der ERD war eine aus dem Krieg resultierende Wendung auf gesellschaftlichem Gebiet vorausgegangen, die man etwas allgemein gefaßt als eine Laienemanzipation im Katholizismus bezeichnen kann und die große Auswirkungen auf den Vergesellschaftungsprozeß der *familiaux* haben sollte. War die Lösung des sozialkatholischen Vereinswesens aus den Klammern des Klerikalismus ein generelles Merkmal der Zwischenkriegszeit in Frankreich, so galt dies insbesondere für die Verbände des *mouvement familial*. Obwohl nicht alle Bischöfe die Lockerung der organisatorischen Zügel gleichermaßen mittrugen³³, so gab es doch innerhalb des Episkopats eine Mehrheit, die ebenso dachte wie Bischof Gibier von Versailles, der in zwei Briefen an Jean Guiraud die zunehmende Übertragung des sozialkatholischen Vereinswesens an die „laïques“ verteidigte, einerseits um den Vorwurf des Klerikalismus zu entkräften, andererseits um die Zusammenarbeit mit den gemäßigten Republikanern auf politischer Ebene nicht zu gefährden³⁴. Guiraud, der sich immer mehr zum Sprachrohr des intransigenten Katholizismus entwickelte und deshalb auch weiterhin am *katholischen* Charakter seiner pronatalistischen ACCF-Verbände festhielt, kritisierte Bischof Gibier dafür immer wieder. Dieser ließ sich jedoch nicht beirren und gab seine *Action sociale* mit dem sehr starken Verband der *familles nombreuses* ganz in die Hände der Laien. Eine ähnliche Entwicklung spielte sich auch bei der *Association pour le mariage chrétien* ab, die von einem Kleriker, dem Abbé Viollet, gegründet, aber ab 1921 von Isaac und später von Georges Pernot übernommen wurde. Diese Entklerikalisierung des *mouvement familial* war daher nicht nur wegweisend für andere Sparten des Sozialkatholizismus, sondern ermöglichte es den Katholiken des zweiten *Ralliements* auch, eine Organisationsform zu finden, die zwar christlich inspiriert, dogmatisch aber unabhängig von der katholischen Kirche war. Die Konstituierung der Familie als eigenständigem Ordnungsmodell, jenseits von republikanischem Individualismus und katholischem Organizismus, bot somit einen idealen Punkt, in dem die Initiativen von *Progressisten* und Katholiken auch gesellschaftlich konvergieren konnten.

Die wichtigste Organisation, die gesellschaftlich die Verselbständigung der Familienbewegung nach 1918 repräsentierte, war die *Fédération Nationale des Associations de Familles nombreuses*. Unter Isaac, der sie 1921–1924, als er den Parteivorsitz der FR innehatte, anführte, stieg ihre Mitgliederzahl in den ersten Nachkriegsjahren auf 95 000 Familien an und umfaßte elf sehr aktive Regionalverbände mit insgesamt über 500 Lokalsektionen. Ihr Schwerpunkt lag in den ländlich-katholischen Gebieten Frankreichs, wo sie z. B. mit der starken *Union de familles*

Débats, Chambre, 22.3.1921, S. 1373. Ferner saßen auch im Vorstand der *Alliance nationale pour l'accroissement de la population française* die ERD/FR-Mitglieder Duval-Arnould, Lenail, Rendu und Pernot als einzige Abgeordnete.

³³ Darunter die traditionalistisch-integralistischen Erzbischöfe Andrieu, Humbrecht oder Chollet. Vgl. die heftige Kritik Isaacs an der Intransigenz Andrieus, auch Protestanten und Juden auf die Natalitätskongresse einzuladen, Eintrag vom 2.10.1921, Carnets, S. 354. Gleichzeitig hielt er es für „imprudence de faire réclamer le vote familial par des publications émanant de bureaux de presse catholiques: l'Action populaire de Reims, l'Action civique et sociale de la Somme [...]“. Eintrag vom 1.2.1929, Carnets, S. 489.

³⁴ Zwei Briefe an Guiraud vom 2.2. und 7.2.1918, in: AN 362, AP 145, Dossier 4.

nombreuses du Nord, der *Fédération de familles nombreuses de l'Est* oder der *Fédération des groupements de familles nombreuses du Sud-Est* eine enorme Implantierung in der katholischen Subgesellschaft erreichen konnte³⁵. Weil viele Politiker und Abgeordnete der liberal-konservativen Sammlung, wie Isaac in Lyon, Pernot im Doubs, Ferry in Lothringen, Delachenal in Savoyen, gleichzeitig auch Vorsitzende dieser Familienverbände waren, gelang es ihnen, diese Subgesellschaft an sich und die politische Partei zu binden, ohne den Weg über die katholische Weltanschauung und kirchliche Organisationen gehen zu müssen. Die Familienverbände, die beispielsweise im Fall des Zentralmassivs sogar organisatorisch mit der dortigen *Fédération républicaine et sociale* verflochten waren³⁶, boten eine ideale Möglichkeit der Verschränkung von gesellschaftlichen Interessen und politischer Partei. Man kann in ihnen, neben den Bauernverbänden und z. T. der konservativen Veteranenbewegung, die wichtigste gesellschaftliche Stütze der FR nach 1919 sehen, ohne die der konstante Erfolg mit stets etwa 100 Abgeordneten im Parlament nicht zustandegekommen wäre.

Im Verlauf der 1920er Jahre war diese Entwicklung jedoch auch von Rückschlägen und damit Problemen für ERD und FR nicht frei. Zwar hatte *La Plus Grande Famille* die Reste der *Ligue Maire* und damit den katholischen Troß in sich aufgenommen³⁷, die Probleme um die Stellung der Religion und damit die der katholischen Kirche blieben aber virulent. Während Isaac, selbst ein gläubiger Katholik, seine Organisation „neutral“ halten wollte, d. h. Protestanten und Juden gleichermaßen darin akzeptierte, begann sich eine katholische Richtung um Achille Glorieux und Jean Guiraud zu verselbständigen und geriet zunehmend in das alte Fahrwasser der Vorkriegszeit, als das Natalitätsproblem ausschließlich vom dogmatisch-katholischen Standpunkt betrachtet worden war³⁸. Schon 1921 hatte der päpstliche Staatssekretär Merry del Val ganz zum Unwillen des versöhnungsbereiten Kardinal Baudrillart den Katholiken verboten, an interkonfessionellen Natalitätskongressen teilzunehmen, und damit den Weg für eine Rückkehr des fundamental-katholischen Natalismus geebnet³⁹. Diese katholische Intransigenz steigerte sich noch nach dem Sieg des Linkskartells 1924, als sich die FNC General de Ca-

³⁵ Ihr gehörten damit etwa 500 000 Mitglieder an, vgl. die Analyse bei Talmy, *Histoire du mouvement familial*, S. 249–253.

³⁶ So saß z. B. im Vorsitz der *FR de la Haute-Loire* Augustin Michel als Präsident der *Assemblée des Familles nombreuses de la Haute-Loire*.

³⁷ Über die Kritik Isaacs an Maire und dessen Intransigenz vgl. Eintrag vom 19.10.1919, *Carnets*, S. 341.

³⁸ In der *Ligue des droits de la Famille Française*, wo u. a. auch der katholische Senator Joseph Massabua engagiert war, Brief Massabuas an Guiraud vom 3.1.1924, in: AN 362, AP 149, Dossier 2, wo dezidiert „la défense des droits des catholiques“ hervorgehoben wird. Gleichermäßen wollte auch der katholische Senator Maurice Morand aus der Vendée seinen *groupe des associations de pères de famille* (ACCF) wiederbeleben, Brief an Guiraud vom 21.9.1922, *ibidem*. Zu Glorieux vgl. Talmy, *Histoire du mouvement familial*, S. 143–151 und 270ff.

³⁹ Tagebucheintrag vom Juni 1921, *Carnets*, S. 828. Hintergrund war die Tatsache, daß Merry del Val nicht akzeptierte, daß katholische Laien im Namen ihrer Verbände Kompromisse mit anderen Glaubensrichtungen eingingen, die der römischen Orthodoxie widersprochen hätten.

stelnas zunehmend des Themas der Familie aus katholischer Perspektive annahm und die ACCF-Verbände Guirauds wieder Zulauf im katholischen Sozialmilieu gewannen⁴⁰. Daß die *familiaux* politisch nicht wieder in zwei Richtungen zerfielen und das familienpolitische Thema ein Kernbestandteil des Programms der FR bleiben konnte, war letztlich allein der persönlichen Initiative von konzilianten Katholiken wie Georges Pernot oder Louis Duval-Arnauld zu verdanken⁴¹.

Besonders aufschlußreich ist hierfür ein Brief Georges Pernots an Jean Guiraud aus dem Jahre 1928, in dem man sehr klar die Trennung katholischer *familiaux* wie Georges Pernot von katholischen Intransigenten wie Jean Guiraud nachvollziehen kann. Guiraud und Pernot kannten sich noch vom ALP-Verband in Besançon, zu dessen Führungskomitee sie gehörten hatten, und bewahrten auch in den 1920er Jahren ein vertrauensvolles Verhältnis. Dennoch hatte Guiraud in mehreren Artikeln im März 1928, also gut einen Monat vor den Kammerwahlen, die „katholischen“ Abgeordneten der URD, darunter Pernot, kritisiert, sie hätten aus Sorge um die Stabilisierung des *Franc* alle katholischen Forderungen aufgegeben, insbesondere die nach Revision des Scheidungsrechts und nach dem Verbot der *Union libre* zwischen Ehepartnern. Pernot reagierte mit Empörung⁴² darauf und zählte die Errungenschaften des „groupe Marin“ für die „œuvre familiale“ in den Jahren 1924–1928 auf: Zwar habe man nicht den Parteitagbeschuß der FR zur Aufhebung des Scheidungsrechts umsetzen können, er, Duval-Arnauld und Grousseau hätten jedoch die Erleichterung der Scheidung verhindert, ebenso die *Union libre*.⁴³ Es sei daher in höchstem Maße ungerecht zu behaupten, die katholischen Abgeordneten hätten die Interessen der Familien oder der Moral verraten und nur an die finanzielle Ordnungspolitik gedacht; vielmehr verdiene ihre Aktion im Interesse eines familienpolitischen Pragmatismus ohne doktrinäre Forderungen Hochachtung. Pernot verteidigte also die konziliante Position der URD-Katholiken im Parlament und distanzierte sich damit deutlich vom doktrinär-katholischen Flügel des *mouvement familial*, dem es nicht um konkrete Verbesserungen, sondern um die Durchsetzung prinzipieller Forderungen ging, wie eben die vollständige Aufhebung des Scheidungsrechtes⁴⁴. Zur gleichen Zeit

⁴⁰ Diese erklärten ausdrücklich, daß sie die familienpolitische Frage nicht von der religionspolitischen zu lösen bereit waren: „Elles déclarent ne jamais séparer la question de la natalité et celle de l'éducation parce qu'il ne suffit pas d'appeler en grand nombre des êtres à la vie [...] sans une éducation [...] chrétienne.“, so in DC 13 (1925), S. 434.

⁴¹ Beide, Pernot und Duval-Arnauld, waren in der „republikanischen“ AN engagiert und repräsentieren damit den pragmatischen Flügel der *familiaux*, der religiös-weltanschauliche Debatten für schädlich hielt und statt dessen alle pronatalistischen Kräfte bündeln wollte.

⁴² Brief vom 18.3.1928 in: AN 362, AP 149, Dossier 3: „J'aime trop la franchise pour ne pas vous dire, en toute simplicité, la peine réelle que m'a causée la lecture de l'article que vous avez consacré en tête de La Croix, à la question de la famille.“

⁴³ „Vous écrivez en effet, que le divorce a été élargie. Or, il n'en est rien. Aucun texte élargissant le divorce ou le facilitant n'a été voté entre 1924 et 1928. Il a fallu beaucoup d'efforts pour y parvenir. Mais ces efforts je les ai faits avec Duval-Arnauld et Grousseau (19.7.1926).“ Auch was die *Union libre* und die *épouse de fait* betrifft: „Combattu par Duval-Arnauld et par moi, ce texte a été supprimé après un vif débat.“, *ibidem*.

⁴⁴ Auch mancher Kleriker wie der Kardinal Binet von Soissons kritisierte die doktrinär-katholische Familienbewegung, da sie in seiner Diözese (Aisne) als „*machine de guerre*“ der

wies auch Isaac alle Versuche des Katholiken Glorieux zurück, die Familienbewegung auf einen weltanschaulichen Katholizismus einzuschwören, d. h. sie allgemein für den Kampf gegen die Laizität zu mobilisieren⁴⁵. Die *familiaux* im Kreis der FR machten dadurch deutlich, daß sie nicht bereit waren, ihre familienpolitischen Postulate zugunsten einer fundamentalkatholischen Opposition aufzugeben.

(II) Wenn wir uns nun den familienpolitischen Leitgedanken der liberal-konservativen Sammlung zuwenden, so können wir eine fast vollständige Identität der Vorstellungen der während des Krieges entstandenen *familiaux* mit denen der liberal-konservativen Sammlung feststellen⁴⁶. Angesichts der personalen Kongruenz, die zwischen der politischen Strömung von ERD und FR sowie dem *mouvement familial* existierte, verwundert dies kaum, ist aber alles in allem auch nicht selbstverständlich. Zunächst ist darauf hinzuweisen, daß unmittelbar gegen Ende des Krieges eine nicht unerhebliche Diskrepanz im Lager der Katholiken über die Frage herrschte, wie man zukünftig bezüglich der Natalität argumentieren sollte. Im Gegensatz zu Jean Guiraud und *La Croix*, der bei der Ursachenanalyse für den Geburtenrückgang weiterhin stark die katholische Religion in den Vordergrund stellte, hatte sich der Tenor in den Reihen der liberalen Katholiken gewandelt. Der Bulletin der ALP betonte daher kurz vor den Wahlen 1919 zwar den moralischen-religiösen Gehalt der Natalitätsfrage, konzedierte aber, daß ein pragmatisches Mittel zur Lösung des Problems auch in ökonomischen Hilfen und Umverteilungen bestehen könne⁴⁷. Diese Abkehr von einer intransigent katholischen Linie war möglich geworden, weil sich der familienideologische Konsens von der *famille nombreuse* als eigener Ordnungsvorstellung aus dem *mouvement familial* auch innerhalb der ERD durchsetzte. Paradigmatisch hierfür steht die übereinstimmende Erklärung des *Progressisten* Isaac und des ALP-Mannes Louis Duval-Arnould in der Kammer 1921, die beide den „ruhmreichen Anteil“ der kinderreichen Familien am Sieg hervorhoben und sie als Idealbild präsentierten. Des weiteren betonten sie: „Le sentiment le plus propre à maintenir la famille

Klerikalen erscheine und damit die guten Beziehungen zu den *modérés* im Departement untergrabe. Vgl. den sehr kritischen Brief Binets an Guiraud vom 20. 10. 1927, der sogar die Implantation von ACCF-Verbänden verbietet, in: AN 362, AP 145, Dossier 1.

⁴⁵ Glorieux hatte eine katholische Gegenveranstaltung zum Natalitätskongreß 1928 geplant, war aber von Isaac daran gehindert worden. Isaac kritisierte verbittert die Verbindungen von Glorieux zum katholischen Milieu, den „cléricaux“ und der Zeitung *La Croix*, die die Familienbewegung kompromittierten. Eintrag vom 21. 8. und 3. 10. 1928, Carnets, S. 477 und 479.

⁴⁶ Für eine Untersuchung der rein natalistischen Vorstellungen der AN vgl. Thébaud, *Le mouvement nataliste*, und dies., *Quand nos grand-mères donnaient la vie*.

⁴⁷ *Bulletin de l'ALP* vom 15. 10. 1919. Der sprachliche Unterschied zwischen einer Formulierung Guirauds, wie z. B. in *La Croix* vom 1. 1. 1918, zur ALP ist subtil, offenbart aber zwei grundlegend unterschiedliche Denkart. Während Guiraud in seinem Artikel *Pour la famille française* ökonomische Hilfsmaßnahmen gar nicht erwähnt, statt dessen von den *traditions chrétiennes* oder *la famille chrétienne* spricht und damit natürlich die katholische Familie meint, benützt der ALP-Artikel das Wort *chrétien* nicht, sondern verbleibt beim Ausdruck *religieux*, worunter auch die protestantische oder jüdische Religion fallen konnte. Er betonte dafür um so mehr die ökonomischen Hilfen. Ähnlich dogmatisch wie Guiraud argumentierte auch noch der Monarchist de Lamarzelle am 2. 1. 1919 im *Echo de Paris*: „Seul la religion peut imposer aux âmes l'obligation de la fécondité des mariages“.

nombreuse est la morale religieuse traditionnelle⁴⁸. In dieser Formulierung erkennt man die Verschmelzung der beiden Vorstellungen, indem die Moral als verbindende Brücke zum Subjekt wurde, während die Adjektive religiös und traditionell die beiden unterschiedlichen Pfeiler markierten, der eine den katholischen der ALP, der andere den sozialkonservativen der *Progressisten*.

Die *famille nombreuse* als sozialmoralische Ordnungsvorstellung, wie sie im *mouvement familial* entwickelt worden war, wurde also auch zur Leitvorstellung in den Reihen der liberal-konservativen Sammlung. Sie wurde damit gleichzeitig in einer Weise verabsolutiert, die bereits selbst weltanschauliche Züge enthielt. Ihre Funktion als *cellule sociale* rückte dabei so sehr in den Mittelpunkt, daß sie den Individualismus republikanischer Tradition vollkommen verdrängte⁴⁹. Bereits 1922 hatte Auguste Isaac den republikanischen Nationsbegriff, wie er 1789 formuliert worden war, völlig umgedeutet: „La Nation, c’est la réunion des foyers qui se sont fondés aux heures de confiance et d’espérance de la jeunesse, c’est la somme des familles qui vivent sur le territoire d’un Etat, et ce qui définit cette somme, c’est la population“⁵⁰. Gerade für die *Progressisten*, die ja in einer liberal-republikanischen Tradition standen und sich auf Ferry und Gambaletta als Vorläufer beriefen, stellte diese Auffassung einen enormen Wandel der politischen Leitwerte dar. Wenngleich ihr Traditionalismus einen übertriebenen Individualismus zu keiner Zeit geduldet hatte, hatte doch die Vorstellung vom freien Individuum auch stets für sie als Matrix ihrer politischen Programmatik, sei es in konstitutionellen, wirtschaftlichen oder sozialen Fragen, gedient. Die Aufgabe dieses Prinzips zeigt, wie sehr der Erste Weltkrieg und seine realen oder imaginierten Folgerscheinungen den Liberalismus verändern und bis zur Unkenntlichkeit verformen konnten. Wie sehr sich die *Progressisten* selbst dieses Wandels bewußt waren, zeigt eine Rede des liberalen Katholiken Charles-Maurice Bellet auf dem FR-Kongreß 1926, wo dieser sagte: „Si nous sommes très attachés à certains principes de la révolution de 1789, l’évidence nous a démontré que c’est une erreur que de ne s’occuper que de l’individu et que la cellule sociale la plus importante est la famille.“⁵¹

Der Übergang vom individuellen Liberalismus zu einem orthodoxen Familialismus war seinerseits von durch den Krieg noch verstärkten nationalistischen und moralisierenden Tönen begleitet. Bei Politikern wie Isaac oder seinem Nachfolger im FR-Vorsitz, Marin, waren der nationale und der familiale Aspekt in der Argumentation kaum noch zu unterscheiden. Kinderreiche Familien repräsentierten für sie nicht nur eine moralisch „gesunde“ Ordnung, sondern trugen auch die

⁴⁸ JO, Débats, Chambre, 22. 3. 1921, S. 1375.

⁴⁹ Die Formulierung der „cellule sociale“ entstammt dem Parteiprogramm der FR, vgl. auch Isaac in der Kammer, JO, Débats, Chambre, 17. 3. 1922, S. 838, und der Gesetzesvorschlag Louis Marins zur Einführung des Deliktes „L’abandon de famille“, in dem es ausdrücklich heißt: „Pour la collectivité, l’abandon de famille ne blesse pas seulement des intérêts privés [...] il porte un trouble réel à l’ordre public, [...] parce que celui-ci repose essentiellement sur la famille“. Der Vorschlag wurde am 20. 2. 1923 eingebracht und ist als Anexe 5619 im JO, Documents, Chambre 1923, S. 399ff., abgedruckt.

⁵⁰ In *Bulletin de la FR* vom Mai 1922.

⁵¹ In: AN 317, AP 86 am 11. 3. 1926.

Hauptlast der nationalen Verteidigung und waren damit die Garanten der „péripétuité de la race“ und „la source de toute grandeur national“⁵². Als Vorsitzender des *groupe de défense de la famille* in der Kammer erhielt Marin nach seinem Wahlsieg 1928 auch Glückwünsche von der *Fédération des Unions de Familles Nombreuses et des Associations Familiales du Nord de la France (Nord, Pas-de-Calais, Aisne, Somme)*, die ihn dazu aufforderten „de renforcer encore son action salubre tant au point de vue familial que national“.⁵³ Ein rigoroser Moralismus zeigte sich insbesondere darin, daß die Familie – „hiérarchiquement constituée sous l'autorité paternelle“⁵⁴ – immer mehr als eine konservierende Kraft in der kulturellen Vielfalt der 1920er Jahre gesehen wurde⁵⁵. In ihrem Interesse sollten nicht nur Abtreibungen konsequent verfolgt, sondern auch die „schädlichen“ Elemente großstädtischen Lebens wie „cabarets“, Bordelle und der Alkoholmißbrauch beseitigt werden.⁵⁶ Der Fortschrittsoptimismus, der einst den Progressisten den Namen gegeben hatte, war einem kulturpessimistischen Traditionalismus gewichen, der die Familie als letztes moralisches Bollwerk gegen die „décadence“ begriff⁵⁷.

Parallel zu dieser moralisch-nationalistischen Argumentation wurde auch die Definition der kinderreichen Idealfamilie weiter ausgebaut. Einerseits konnte diese kaum groß genug sein, wie die von Etienne Lamy und anderen initiierten Preise für kinderreiche Familien zeigen, die im Namen der *Académie Française* ab 1917 verliehen wurden: Erst eine ländlich-katholische Familie ab dem neunten Kind (!) durfte überhaupt eine Bewerbung einreichen, wobei immerhin ein gefallener Sohn wie ein lebender zählen sollte⁵⁸. Andererseits galten uneheliche Kinder oder Familien von zweifelhaftem Leumund gleichzeitig als ungeeignet für öffentliche Preise oder staatliche Hilfeleistungen. Isaac sagte dazu unmißverständlich: „Si

⁵² In: *Bulletin de la FR* vom Mai 1922 und Castelnau in den *Droits de la Famille* Artikel 9, in Lille 1920 vor 1200 Delegierten, darunter Isaac und weiteren 44 Abgeordneten der ERD, vgl. *Correspondance Hebdomadaire* de la FNC, vom 14. 12. 1925. Vgl. auch Isaac in der Kammer 17. 3. 1922: „Si à Verdun l'armée française n'avait pas eu des enfants de familles nombreuses [...] qui ont gardé la bonne tradition de la race, nous aurions certainement eu de la peine à atteindre le jour de la victoire.“ JO, Débats, Chambre, S. 838.

⁵³ Brief an Marin vom 4. 5. 1928, in: AN 317, AP 240.

⁵⁴ So de Castelnau in seiner Erklärung der *Droits de la Famille*, Präambel.

⁵⁵ Vgl. Victor Giraud, *La Crise de la Natalité*, in: RDDM von 15. 3. 1924, S. 369–399, hier S. 387. Im Parteiprogramm der FR hieß es: „La loi devra réprimer sans pitié toutes les propagandes tendant à pervertir les mœurs [...] comme publications obscènes, spectacles licencieux, prostitution cachée ou publique.“

⁵⁶ Vgl. die Reden von Isaac und Pernot bei der *Association du Mariage Chrétien* gegen Scheidung und *corruption des mœurs*, Bericht des 5. Kongresses in AN, F/7 13223 und den Brief des Präsidenten der *Section de Villerupt* der *Ligue Populaire des Familles Nombreuses de France* am 5. 12. 1928 an Louis Marin sowie den des Offiziers im Ruhestand und Präsident der *Familles Nombreuses* in Rosières-aux-Salines, Mitglied der *société anti-alcoolique* am 8. 2. 1932 an Louis Marin, beide in: AN 317, AP 189.

⁵⁷ Vgl. den Artikel von Join-Lambert in *La Nation* vom 12. 2. 1927: „L'organisation sociale est fondée sur la petite société naturelle qu'est la famille“, sie allein verhindere „isolation“ und „déracinement“. Schon die römisch-griechische Dekadenz sei durch eine Schwächung der Familientraditionen bewirkt worden: „Un pays ne peut s'élever que si la famille progresse“.

⁵⁸ Eine Aufstellung der verschiedenen *Fondations*, darunter die von Lamy, findet sich im Nachlaß von Ernest Pezet, in: AFNSP, Dossier PE 3.

nous désirions la consolidation de la famille française et si nous voulions l'augmentation de notre population nationale, c'était par le chiffre des naissances légitimes [...] et non pas par celui des naissances naturelles“⁵⁹. *Familialismus* und *Moralismus* bedingten sich also gegenseitig und wurden zu einem Gesamtgebilde amalgamiert, das die Moral der bürgerlichen Familie für alle anderen Familien, v. a. die der unteren Gesellschaftsschichten, normativ festlegte.

Andererseits wurde sowohl in den Familienverbänden selbst wie auch in der liberal-konservativen Sammlung eine Diskussion darüber vermieden, was denn eigentlich unter „Familie“ zu verstehen sei. Ohne eine substantielle Definition wurde „Familie“ vielmehr als normativer Begriff gebraucht, der verschiedene konkrete Ausprägungen umschließen konnte. „Familie“ konnte dabei sowohl die klassische bürgerliche Kern-Familie (Eltern-Kind-Gemeinschaft) meinen, wie sie vor allem in den wirtschaftlich fortschrittlichen Gebieten vorkam, wie auch noch die vormoderne, ständisch geprägte Familie als *Oikos*, wie sie z. T. noch im bretonischen Westen existierte⁶⁰. Diese konnte auch ledige Anverwandte miteinbeziehen, und in besonderen Fällen natürlich auch die Toten und die zukünftigen Generationen⁶¹. Um einer Paralyse des *mouvement familial* durch interne Querelen über unterschiedliche Familientypen vorzubeugen, blieb dieses Problem jedoch unausdiskutiert, die *famille nombreuse* wurde vielmehr noch offensiver als eigene Wertvorstellung, unabhängig vom Grad ihrer Modernität, propagiert.

„Familie“ als sozialmoralische Ordnungskonzeption für die Nachkriegszeit beschränkte sich jedoch nicht nur auf die Vorstellungswelt der liberal-konservativen Sammlung, sondern fand auch im konkreten politischen Handeln ihren Niederschlag. Sie bildete gewissermaßen ein unvermintes Gebiet für die Kooperation von *Progressisten* und Katholiken, da die bisher trennende religiöse Frage in der neuen Familienideologie aufgehoben war. Von Anfang an war es daher den Abgeordneten der ERD ein Anliegen, die Unterstützung kinderreicher Familien als prinzipielles Recht und nicht als karitatives Almosen zu verankern. Anders als die Sozialisten, die eine Umverteilung von den Besitzenden zu den Arbeitnehmern als Grundlage ihres Programms hatten, war für ERD und FR das einzig gültige Kriterium für eine Umverteilung der erwirtschafteten Steuern ein sozialmoralisches, das der Größe der Familie⁶². In diesem Sinne schlug der ERD-Experte für den *vote familial*, Henry Roulleaux-Dugage, schon am 20. Februar 1919 vor, durch staatliche Garantien den Hausbau für *familles nombreuses* zu sichern, wobei auch für ihn nicht die soziale Bedürftigkeit, sondern allein die Zahl der legitimen Kinder den Ausschlag gab. Einen Triumph dieser Vorstellung kann man dann in dem

⁵⁹ JO, Débats, Chambre, 22.3.1921, S.1366–1371. Auch der Berichterstatter Delachenal hatte in der *loi d'assistance aux familles nombreuses* von 1923 nur Unterstützung für legitime Familien vorgesehen.

⁶⁰ Zur Unterscheidung vgl. Schwab, „Familie“, und Wirsching, Agrarischer Protest, S. 54ff.

⁶¹ So die Vorstellung bei Duval-Arnould, der die Verkürzung der Familienkonzeption bei den Sozialisten auf die Eltern-Kind-Gemeinschaft kritisiert, in: JO, Débats, Chambre, 20.4.1920, S. 1132f.

⁶² Castelnau, Droits de la Famille, Artikel 7: „La famille a droit à la justice distributive. Les impôts, les charges, les tarifs, les subventions, les allocations de vie chère, les pensions doivent être calculés, non en fonction de l'individu seul, mais en fonction de la famille.“

1923 verabschiedeten Gesetz zur staatlichen Unterstützung von kinderreichen Familien sehen, in dem der Berichterstatter Delachenal (ERD) eben jenes Prinzip der „justice“ gegenüber den kinderreichen Familien als den wertvollsten Elementen des Vaterlandes verankert sehen wollte⁶³.

Familienpolitik im Interesse der kinderreichen Familien war also für die ERD und die FR auch eine *Form der Sozialpolitik*, mithin ein eigener Weg, soziale Problemlagen durch staatliche Unterstützung zu beseitigen. Durch den ihr inhärenten Moralismus hatte diese Sozialpolitik gleichzeitig einen sozialdisziplinierenden Charakter, der im Grunde nichts anderes als die Fortsetzung sozialkatholischer Auffassungen mit anderen Mitteln bedeutete. Hatte sich am Ende des 19. Jahrhunderts der Sozialkatholizismus dezidiert als Sozialismusprophylaxe verstanden, so war diese Aufgabe nun vom Familialismus der ERD/FR übernommen worden. Jacques Bardoux, ein liberal-progressistischer Abgeordneter aus der Auvergne und Großvater von Valéry Giscard d'Estaing, hat dies auf den Punkt gebracht: „Nous ne connaissons et ne voulons connaître qu'une seule classe, celle des pères et des mères de famille: ils sont les vrais et les seuls participants du capital national.“⁶⁴ Familienpolitik als sozialpolitische Sozialismusprophylaxe und die Vorstellung einer moralisch begründeten sozialen Harmonie der Klassen durchzog auch das Lebenswerk des FR-Abgeordneten Georges Pernot. Auch er motivierte sein Eintreten für die Änderung der Einkommenssteuer nach Anzahl der Kinder, für die Erhöhung der staatlichen Zahlungsleistungen an kinderreiche Familien und die Ausweitung des *sursalaire familial* für alle Staatsbediensteten mit dieser sozialismusprophylaktischen Argumentation⁶⁵.

Außer in sozialpolitischen Vorschlägen trat die familienpolitische Konzeption der liberal-konservativen Sammlung auch in Vorschlägen zur Entwicklung eines eigenständigen „Familienrechtes“ (*Code familial*) hervor, das ein Gegenstück zum individualistisch geprägten *Code civil* sein sollte. Bereits 1920 hatte General de Castelnau eine „Déclaration des droits de la famille“ gefordert, die die Menschenrechtserklärung der Revolution ergänzen und zu einem gewissen Teil einschränken sollte⁶⁶. Eine pauschale Erklärung wie diese mußte jedoch den Argwohn aller gemäßigten Republikaner hervorrufen, da das antirevolutionäre Element nicht zu überhören war. In der Folgezeit arbeiteten daher Isaac, Marin und Pernot an verschiedenen Einzelpunkten, die sukzessive die Basis für diesen *Code familial* bilden konnten, ohne durch lautstarke Erklärungen den Mißmut der bürgerlichen Mitte zu provozieren⁶⁷. Dazu gehörte in erster Linie die Modifizierung des Scheidungs-

⁶³ Vgl. seine Rede in der Kammer am 22.3.1921, JO, Débats, Chambre, S. 1361–1365. Das Gesetz sah vor, jedem Vater ab dem vierten Kind 380 Fr. pro Jahr mit einer Steigerung um 30 Fr. pro weiterem Kind zu zahlen. Der Gegenvorschlag des Sozialkatholiken Lemire, das Geld an die Mutter auszuzahlen, wurde von der gesamten ERD zurückgewiesen. Aus ähnlicher Perspektive Georges Hilleret, *Le Problème de la population en France et le vote familial* (1928).

⁶⁴ Zitiert in *Au Service du pays* 1939, S. 23.

⁶⁵ In *La Nation* vom 6. 8. 1927, 10. 11. 1925 und 5. 2. 1927.

⁶⁶ In Lille vor 3000 *pères des famille*, vgl. *Correspondance Hebdomadaire de la FNC*, vom 14. 12. 1925.

⁶⁷ Gerade das Scheidungsrecht war auch bei der URD trotz der FR-Programmatisik nicht unumstritten. In dem oben angeführten Brief von Pernot an Guiraud vom 18.3.1928

rechts, die Einführung des Delikts des *abandon de la famille* und die graduelle Aufhebung der individualistischen Erbteilung zugunsten eines den bäuerlichen Familienbesitz erhaltenden Anerbenrechts⁶⁸. Diese Revision von Prinzipien des bürgerlichen Rechts entsprach ganz dem oben beschriebenen mentalen Übergang vom Individualismus zum Familialismus, den die *Progressisten* durchlaufen hatten. Als Ganzes konnte der *Code familial* jedoch erst 1939, unter ganz anderen politischen Umständen, von Pernot im Parlament durchgebracht werden.

Als letzte Konkretisierung der Familienideologie der liberal-konservativen Sammlung ist schließlich noch der *vote familial* zu betrachten, der seit der Mitte des 19. Jahrhunderts immer wieder öffentlich debattiert worden war, jedoch niemals zum Durchbruch gelangte. Bezeichnenderweise waren es gerade Katholiken des liberalen Flügels wie Lamartine (1850) und Henri Lasserre (1873), die die Erweiterung des republikanischen, allgemeinen Männerwahlrechts auf alle Franzosen, also auch Frauen und Kinder, als Kompromiß zwischen liberalen und konservativen Staatsvorstellungen anstrebten. Die Skepsis der Republikaner und die Dynamik des *Droite-Gauche*-Gegensatzes verhinderten jedoch lange Zeit eine Verständigung in dieser Frage, und selbst der republikanische Sozialkatholik Abbé Lemire erreichte vor 1914 keine Änderung des republikanischen Wahlmodus. Kein Republikaner hätte einem Gesetzesvorschlag zugestimmt, in dessen Motivation die Aufgabe individualistischer Prinzipien verankert war⁶⁹. Erst dem *Progressisten* Henry Roulleaux-Dugage gelang es in Zusammenarbeit mit Louis Marin 1919 und 1923, ein umfangreiches Gesetzesprojekt zum *vote familial* in die Kammer einzubringen, das zwar von dieser verabschiedet, vom Senat jedoch abgelehnt wurde. Das Projekt Roulleaux-Dugage war insofern neu, als es erstens dem Familienvater so viele Stimmen zugestand, wie Kinder in seinem Haushalt waren, und zweitens dieses Wahlrecht im Falle des Todes des Mannes auch auf die Frau übertragen wollte. Wie im nächsten Kapitel über das Frauenwahlrecht noch zu besprechen sein wird, setzten sich Roulleaux-Dugage und Marin damit über die Skepsis in ihren eigenen Reihen hinweg, die in keinem Fall die Frau zum politischen Wahlkampf zulassen wollte. Wie Roulleaux-Dugage in seiner Begründung 1919 erklärte, war für ihn nicht mehr ein traditionell-hierarchisches Familienbild ent-

schrieb dieser über die Legislaturperiode 1928: „Sans doute, nous n'avons pas demandé l'adoption de la loi du divorce. Vous qui connaissez bien la Chambre, vous savez quel accueil aurait reçu, même à droite et au centre-droite, une telle proposition.“ In: AN 362, AP 149, Dossier 3.

⁶⁸ Marin hatte am 20. 2. 1923 und am 7. 4. 1925 zwei Gesetze im Parlament durchgebracht, die den *abandon de la famille* von einem Ehepartner unter Strafe stellten. Die beiden anderen Punkte sind seit 1925 Teil des Programms der FR und wurden von Georges Pernot formuliert. Auch de Castelnau hatte sich in seiner Erklärung Artikel 5 gegen den „partage forcé en nature“ bei Gutshöfen ausgesprochen. Interessant ist, daß es auf dem FR-Kongreß von 1925 zu einer spitzfindigen Diskussion zwischen Marin und Isaac über die Frage kam, ob Scheidung und *abandon de la famille* nicht das gleiche sei. Die undatierte Mitschrift des Kongresses 1925 in: AN 317, AP 85. Vgl. auch André Toulemon, *Le Suffrage familial, ou Suffrage universel intégral. Le vote des femmes. Préface Georges Pernot* (1933).

⁶⁹ Die Vorschläge von Lemire waren noch relativ verhalten, er forderte lediglich eine zusätzliche Stimme pro Frau und pro viertem Kind für den Mann, vgl. Talmy, *Histoire du mouvement familial*, S. 122ff.

scheidend, das dem Familienvater allein alle Rechte zugestand, sondern nur die Tatsache, daß der kinderreichen Familie möglichst viele Rechte zukamen, egal, ob sie nun vom Vater oder der Mutter wahrgenommen wurden⁷⁰. Sein Projekt wurde bereits 1923 mit Unterstützung von Isaac in das Programm der FR aufgenommen und zu einem festen Bestandteil der FR-Programmatik bis 1949⁷¹. In ihm manifestierte sich noch einmal die Skepsis der liberal-konservativen Sammlung gegenüber dem Grundprinzip der demokratischen Republik, dem allgemeinen Männerwahlrecht, weil dieses allein das Individuum anerkannte, ohne Rücksicht auf gewachsene Strukturen wie die Familie zu nehmen⁷².

2. Der Kampf für das Frauenwahlrecht: eine konservative Emanzipation?

Es gehört zu einem besonderen Kennzeichen der Dritten Republik, daß sie, die im europäischen Vergleich sehr früh das republikanisch-demokratische Prinzip institutionalisiert hatte, am längsten die Frauen von der Teilnahme am allgemeinen Wahlrecht, dem Kennzeichen einer demokratischen Republik, ausschloß. Während in vielen europäischen Ländern immerhin nach dem Ersten Weltkrieg den Frauen das aktive und passive Wahlrecht eingeräumt wurde, blieb die älteste europäische Republik der Neuzeit gegen diesen Emanzipationsschub bis 1944 resistent. Sie knüpfte damit an die französischen Revolutionsregierungen 1789-1793 an, die ebenfalls die Frauen von der politischen Betätigung fernhalten wollten. Das Argumentationsmuster der Gegner des Frauenwahlrechts der Jahre 1870 bis 1940 korrespondierte dabei ideengeschichtlich mit demjenigen der Revolutionszeit, da beide nicht aus prinzipiellen Gründen das Frauenwahlrecht ablehnten – auch für die Frauen galt die *égalité* – sondern aus Gründen der politischen Rason. Die Frauen, so argumentierte man, stünden zu großen Teilen unter dem Einfluß des Klerus und würden daher auf dessen Rat Vertreter der *Droite* wählen. Sie seien *nolens volens* ein Steigbügelhalter der Gegenrevolution und daher vom politischen Kampf auszuschließen⁷³.

⁷⁰ Er führt dabei vor allem die Familien an, deren Väter gefallen waren, und die nun nicht ihrer Rechte beraubt werden dürften, vgl. JO, Débats, Chambre, 3. 4. 1919, S. 1705ff.

⁷¹ Bezeichnend hierfür ist, daß der erste große Nachkriegskongreß der FR 1923 bereits einen eigenen Bericht zum *vote familial* enthielt, der von Roulleaux-Dugage verfaßt wurde und 1925 nochmals debattiert wurde, in: stenographische Mitschrift des Kongresses, in: AN 317, AP 85. Es sei noch erwähnt, daß der *vote familial* in seiner konkreten Ausformung stets ein Stein des Anstoßes innerhalb der FR blieb, wobei es aber mehr um technische Fragen ging, wie die nach der genauen Stimmenverteilung pro Kind etc. Vgl. Bonnefous auf dem Kongreß 1927, in: AN 317, AP 85.

⁷² Insofern steht der *vote familial* in einer nahen Beziehung zum RPI. Bei beiden ging es um die Berücksichtigung gewachsener Strukturen, der Familie bzw. der Region, im Wahlvorgang. Isaac bezeichnet den Zweck des *vote familial* daher auch mit „améliorer le suffrage universel“. Eintrag vom 1. 2. 1929, Carnets, S. 489. Die Position der FR deckte sich hier mit der der FNC und de Castelnau, vgl. Bonafoux-Verax, *Fédération*, S. 226.

⁷³ Gängig war die Formulierung: „Un bulletin de vote donné aux femmes est un bulletin donné aux prêtres“. Über die Motive der Verweigerung des Frauenwahlrechts seit der

Wenn man die sozialen und politischen Gruppen untersucht, die dieses Argumentationsmuster vertreten haben, findet man v. a. diejenigen Republikaner, die das aufklärerisch-freiheitliche Erbe des 18. Jahrhunderts auf beinahe religiöse Art in ihrer politischen Kultur internalisiert hatten. Freidenker und Freimaurer, Jakobiner und Radikale bildeten die gesellschaftliche und politische Trägerschicht einer allgemeinen Skepsis gegenüber der politischen Reife von Frauen, die geradezu zu einem essentiellen Grundzug des französischen Republikanismus wurde. Es waren nämlich politisch in erster Linie die Radikalen, d. h. die Anhänger eines jakobinischen Linksliberalismus, die bis zum Ende der Dritten Republik in Kammer und Senat die verschiedenen Initiativen zum Frauenwahlrecht blockierten⁷⁴. Der Radikalismus, der seine soziologischen Wurzeln in einem in Logen und *Libre-Pensée*-Verbänden organisierten Bürgertum hatte, erwies sich darin als ein wahrer Nachfolger des Jakobinertums, das seine eigene Vorstellung von Staat und Demokratie verabsolutiert und sich selbst zum Hohepriester der Republik ernannt hatte. Dieser linksliberale Radikalismus war in höchstem Maße antipluralistisch, d. h. er begriff die demokratische Republik nicht als Ort des politischen Ringens verschiedener Strömungen, sondern als einen fest definierten Apparat, zu dem nur diejenigen Zutritt haben sollten, die zuvor ihr republikanisch-laizistisches Credo in Logen und Clubs unter Beweis gestellt hatten. Da Frauen von diesen soziologischen Basisverbänden *per definitionem* ausgeschlossen waren, konnten sie auch nicht den republikanischen *cursus honorum* durchlaufen und den Grad an demokratischer „Mündigkeit“ erreichen, der für das politische Wahlrecht erforderlich war.

Diese Resistenz gerade der politischen Linken verhinderte indessen nicht, daß bereits vor 1914 eine Frauenbewegung entstand, die politische Rechte für alle Frauen einforderte. Diese Vergesellschaftung erfolgte analog zum bipolaren Spannungsfeld in einer rechten, d. h. katholischen Frauenbewegung, und mehreren, sich bündelnden linken Feministinnenverbänden⁷⁵. Die *katholische Frauenbewegung*, wie sie in Kapitel II vorgestellt wurde, wies eine personelle und programmatische Verbindung zur ALP auf und teilte mit ihr ein traditionalistisch-konservatives Bild von der Rolle der Frau als Mutter und als Hüterin der Sitten. Sie wollte sich dezidiert antifeministisch verstanden wissen und besaß als ein propagandistisches Schlagwort z. B. *le retour au foyer*. Ihre aktivsten Verbände waren die bereits besprochenen LDPF und LFF, die im Umfeld des Kampfes gegen die Kirchentrennungsgesetze 1902 entstanden waren. Daneben existierte noch eine eher sozialkatholisch ausgerichtete *Action sociale de la femme* sowie eine aus der Anti-Dreyfus-Agitation herrührende *Union nationaliste des femmes françaises*.

Französischen Revolution bis 1945 vgl. Rudelle, *Le vote des femmes*, und mit einer Untersuchung der Presse der Menschenrechtsliga Irvine, *Women's Right and the Rights of Man*.

⁷⁴ Vgl. Berstein, *Parti Radical*, Bd. 1, S. 234–238.

⁷⁵ Mittlerweile gibt es eine Vielzahl von Untersuchungen zum Feminismus in Frankreich, wobei die katholische Frauenbewegung eher stiefmütterlich behandelt wurde. Grundlegend Klejman, *L'Egalité en marche*, Rabaut, *Féministes à la Belle Epoque*, Hause/Kennedy, *Women's Suffrage*, und Bard, *Les filles de Marianne*. Für die katholische Frauenbewegung: Cova, „*Au service de l'église, de la patrie et de la famille*“.

Mit Ausnahme der letzteren verweigerten sich alle anderen Bewegungen dem Kampf für das Frauenwahlrecht⁷⁶, da sie der Direktive von Pius X. von 1906 folgten, wonach Frauen von der Politik fernzuhalten seien. Ihre Aktivität beschränkte sich auf die Adaptation bürgerlicher Handlungsformen, d. h. auf ein Engagement in Vereinen, sozialkaritatives Wirken, Verwaltung der eigenen Interessen, oder die Lösung frauenspezifischer Probleme⁷⁷.

Diese Gruppierungen reflektierten damit das Frauenbild der ALP, die einerseits das Frauenwahlrecht für alle Frauen außer den Witwen aus traditionalistisch-konservativen Gründen ablehnte, andererseits im Interesse des Katholizismus eine Emanzipation auf dem bisher männlich dominierten Gebiet des Vereinswesens und des sozialen Handelns begrüßte. Paradigmatisch mag hierfür eine Aussage Jean Guirauds aus dem Jahre 1912 stehen, der erklärte: „Je suis nettement partisan du vote des femmes chef de famille, soit pour les élections politiques soit pour les élections municipales“, aber: „Quant au vote de toutes les femmes, pour les élections municipales et à plus forte raison pour les élections politiques, je n'en suis pas actuellement partisan.“⁷⁸ Dem politischen Katholizismus der ALP genügte es, die propagandistischen und personellen Kapazitäten des *feminisme catholique* für sich zu gewinnen und einzusetzen. Wir hatten bereits gesehen, wie dieses *engagement civique* der katholischen Frauen nicht selten auch im politischen Wahlkampf zum Tragen kam und damit der ALP bedeutende Schützenhilfe leistete. Ob man nun wie manche Forscher in dieser unpolitischen Kanalisierung der katholischen Frauenbewegung eine (Selbst)Blockierung der Emanzipation erblicken kann, muß hier offen bleiben; in jedem Fall handelte es sich um eine eigene Form weiblichen Handelns, eine konservativ-katholische eben, deren Grad an Fortschrittlichkeit zeittypisch an den Vorgaben eines ultramontanen Katholizismus orientiert war.

Demgegenüber spielte die Frage nach dem Frauenwahlrecht in den Reihen der *Progressisten* nur eine untergeordnete Rolle. Nur wenige ihrer Abgeordneten wie Louis Marin oder Charles Benoist nahmen sich des Themas an, ohne allerdings personell einer Frauenbewegung nahezustehen. Gemeinsam mit dem *républicain de gauche* Jules Siegfried und dem Radikalen Ferdinand Buisson unterhielten sie Beziehungen zu der gemäßigt-republikanischen und bürgerlichen *Union française pour le suffrage des femmes* (UFSF) unter Cécile Brunshwicg und Marguerite de Witt-Schlumberger, also zu einem Vertreter der „linken“ Frauenbewegung. Ohne jemals Teil der UFSF gewesen zu sein, sahen Marin und Benoist in ihr eine ideale Unterstützung für die große Kampagne der Wahlrechtsreform (RPI), zu der unter anderem auch das Frauenwahlrecht gehören sollte. Ausschlaggebend dafür war, daß es die UFSF verstanden hatte, sozialkulturelle Leitbilder aus ihrer Argumentation zurückzudrängen und allein als Zweckgemeinschaft zur Durchsetzung des Frauenwahlrechts aufzutreten. Sie unterschied sich darin von der katholischen wie

⁷⁶ Die antisemitische *Union nationaliste* unter Marie Maugeret, die seit 1896 für das Frauenwahlrecht eintrat, scheint eine eher marginale Rolle gespielt zu haben und wurde nach 1906 immer mehr isoliert.

⁷⁷ Die wichtigsten darunter waren die regelmäßigen *Congrès de Jeanne d'Arc*. Zur Entwicklung vgl. Bard, *Les filles de Marianne*, S. 273ff., und Hause/Kenney, *The Development of the Catholic Women's Suffrage Movement*.

⁷⁸ Brief vom 9.7.1912 an Mme. Baigne in: AN 362, AP 151, Dossier 4.

auch sozialistischen Frauenbewegung, deren wahlpolitische Forderungen stets auch ihre moralischen Wertvorstellungen mittransportierten⁷⁹. Gleichwohl verblieb dieses Engagement von Marin und Benoist ein individuelles; ihre Auffassung wurde zu keiner Zeit offizielle Parteilinie der Vorkriegs-FR, die im übrigen nicht wenige Kritiker des Frauenwahlrechts in ihren Reihen hatte. Statt dessen gründeten Marin und Benoist in einer für den parteipolitisch noch nicht klar definierten Honoratiorenparlamentarismus typischen Manier zusammen mit Politikern anderer Parteien eine *Ligue d'électeurs pour le suffrage des femmes*, die das parteipolitische Vakuum in dieser Frage füllen sollte⁸⁰. Zusammenfassend kann man also sagen, daß das Frauenwahlrecht kein eigentliches Politikfeld der *Progressisten* war und daß die wenigen, die sich damit beschäftigten, dies parteiübergreifend mit der gesamten Linken zu lösen versuchten.

Mit dem Hereinbrechen des Ersten Weltkriegs änderte sich vieles im gesellschaftlichen Zusammenleben, darunter besonders auch die Rolle der Frau. Durch ihren Einsatz in den Rüstungsbetrieben und anderen Teilen der Kriegswirtschaft gelangte eine große Zahl bisheriger Hausfrauen in ein geregeltes Arbeitsverhältnis; in den Dörfern der Provinz lastete die Landwirtschaft und die Führung des landwirtschaftlichen Anwesens ganz auf den Schultern der Frauen; in den besetzten Gebieten des Nordens und Ostens mußten die verbliebenen Frauen bisweilen sogar die Gemeindeverwaltung übernehmen und mit den deutschen Behörden zusammenarbeiten. Zahlreiche jüngere Studien haben die dadurch verursachten Umwälzungen analysiert und, trotz aller Vorsicht vor einer Überinterpretation des Phänomens, die katalytische Wirkung des Weltkriegs auf die gesellschaftliche Emanzipation der Frau betont⁸¹. Auch die Zeitgenossen waren sich dieser Entwicklung wohl bewußt, und am Ende des Ersten Weltkriegs traten die verschiedenen feministischen Gruppierungen, die zumeist die *Union Sacrée* mitgetragen hatten, mit neuem Selbstbewußtsein für ihre Forderungen ein, ohne allerdings das gleiche Ausmaß an Aktivität zu entwickeln wie die englischen Suffragetten⁸².

Eine entscheidende Veränderung vollzog sich auf der Seite der katholischen Frauenbewegung, die unter großer Opferbereitschaft und unter Aufgabe des katholischen Primats einen wesentlichen Beitrag zur Stabilisierung der Heimatfront während des Krieges geleistet hatte. Große Teile dieser Frauenbewegung begannen sich von der kirchlichen Vormundschaft zu lösen und das Frauenwahlrecht einzufordern. Angeführt wurden sie von der Vorsitzenden der *Action sociale de la femme*, Jeanne Chenu, sowie der Marquise de Moustier, der Vorsitzenden der LPDF und Frau des *progressistischen* Abgeordneten René de Moustier (Doubs), die im Herbst 1920 die *Union nationale pour le vote des femmes* (UNVF) gründeten⁸³.

⁷⁹ Zur UFSF vgl. Hause/Kenney, *Women's Suffrage*, S. 135ff.

⁸⁰ Dazu gehörten auch der Republikaner Deschanel, der sozialistische Republikaner Viviani sowie die Sozialisten Jaurès, Sembat und Thomas, vgl. *ibidem*, S. 156ff.

⁸¹ Vgl. allgemein den Sammelband von Wall/Winter, *The Upheaval of War: Family, work and welfare*.

⁸² Vgl. Bard, *Les filles de Marianne*, S. 71–85.

⁸³ Vgl. die Erinnerungen der späteren Vorsitzenden Edmée de La Rochefoucauld, Frau des ALP-Vorsitzenden Xavier, *La Femme et ses droits* (1939), sowie Bard, *Les filles de Marianne*, S. 268–280, und Hause/Kenney, *Women's Suffrage*, S. 219ff.

Damit hatte auch die katholische Frauenbewegung Frankreichs den Schritt der politischen Emanzipation vollzogen, nachdem ein Jahr zuvor bereits das päpstliche Veto gefallen war, als Benedikt XV. gegenüber der englischen *Catholic Women's Society* seine Zustimmung zum Frauenwahlrecht erklärt hatte.

Diese Neuorientierung der katholischen Frauenbewegung verlief jedoch nicht im luftleeren Raum, sondern korrespondierte mit einer gleichzeitigen Entwicklung innerhalb von Teilen des politischen Katholizismus. Dort hatte man sich im Verlauf der letzten beiden Kriegsjahre ebenfalls von der konservativen Dogmatik zu lösen begonnen und sich immer mehr auf eine Akzeptanz des Frauenwahlrechts hinbewegt. Während Jean Guiraud und die Mehrheit von *La Croix* an der Position festhielt, nur eine Witwe dürfe in ihrer Funktion als *chef de famille* wählen⁸⁴, begannen die liberalen Kräfte in der ALP alsbald das prinzipielle Recht der Frau zum Votum einzufordern⁸⁵. Auch der Rektor des *Institut catholique* in Paris, Kardinal Baudrillart, berichtet in seinen Aufzeichnungen, daß sein öffentliches Eintreten für das Frauenwahlrecht auf große Skepsis bei einigen Katholiken gestoßen sei, was ihn aber im übrigen von seiner Haltung nicht abbrachte⁸⁶. Es ist nun schwierig, die eigentlichen Ursachen für diese Wende im politischen Katholizismus und für den Sieg der liberalen Kräfte auszumachen. Zum einen spielte sicherlich die Kriegserfahrung selbst eine große Rolle, weil sich die Frauen in allen möglichen gesellschaftlichen Positionen bewährt hatten⁸⁷. Zum anderen darf aber auch nicht das – wenig geäußerte – taktische Argument außer acht gelassen werden, wonach die Frauen vermutlich ihre Stimmen mehrheitlich den konservativen und katholischen Kandidaten gegeben hätten. Insofern war das Frauenwahlrecht ohne Zweifel auch als Instrument für eigene Wahlsiege gedacht, weshalb man sich gerne auch vom päpstlichen Verbot zu lösen begann.

Seinen ersten Niederschlag fand dieser allgemeine gesellschaftliche Wandel während der Kammerdebatte im Mai 1919, als im Anschluß an die Diskussion über die Einführung des Verhältniswahlrechts auch über das Frauenwahlrecht verhandelt wurde. Die wichtigsten Vertreter der Nationalisten, ALP und *Progressisten* – Barrès, Piou und Benoist – erklärten gemeinsam mit den Sozialisten ihre Unterstützung und brachten eine Mehrheit von 329 zu 95 Stimmen für das Frauenwahlrecht zusammen. Nur sechs monarchistische Abgeordnete hatten sich der Direktive Pious verweigert und mit den Radikalsozialisten dagegen votiert⁸⁸. In der gleichen Weise, wie sich die ALP-Abgeordneten über ihre konservativ-kathol-

⁸⁴ *La Croix* vom 5. 3. 1917 und 10. 6. 1917. Die Frau in den Wahlkampf zu zerren war für ihn „une excitation à la déchristianisation de la femme par les sectes et les pouvoirs publics“. Die biblische und päpstliche Lehre (1906) schreibe vor, daß Mann und Frau in Heim und Gesellschaft eine „mission distincte“ hätten, wobei der Frau die „vertus conjugales et maternelles“ zukämen.

⁸⁵ Vgl. Joseph Denais in *La Libre Parole* vom 12. 6. 1917, und allgemein Albert Bessières, *Le devoir civique des femmes et le suffrage féminin* (1926).

⁸⁶ Eintrag vom 1. 5. 1919, Baudrillart, *Carnets*, S. 185.

⁸⁷ So argumentiert auch der katholische Senator Emmanuel de las Cases am 26. 5. 1919 in seinem Tagebuch: „On ne peut évoquer aucune infériorité de la femme sur l'homme, dans aucun ordre. Peut-être vaudrait-elle même mieux que l'homme, étant moins égoïste, moins intéressée, plus économe.“ In: *Ephémérides*, S. 162.

⁸⁸ Das Abstimmungsergebnis bei Hausse/Keney, *Women's Suffrage*, S. 226.

lische Tradition hinweg gesetzt hatten, stimmten auch die *Progressisten* unter der Führung von Benoist und Marin für das Frauenwahlrecht und überwand den Widerstand der konservativen Kräfte in ihren eigenen Reihen. Ein *progressistischer* Traditionalist wie Lefebvre du Prey versuchte zwar, mit einer flammenden Rede auf die „douceur de la femme“ die anderen Traditionalisten der Kammer hinter sich zu bringen, blieb aber mit seiner Haltung in den Reihen der *Progressisten* ohne Rückhalt⁸⁹. Diese verzeichneten gemeinsam mit der AL die höchste Befürwortungsrate in der Abstimmung. Bei beiden hatte sich also noch vor den Wahlen 1919 eine einheitliche Position in der Frage nach dem Frauenwahlrecht herauskristallisiert, weil sich beide „gehäutet“ und ihre traditionalistischen Positionen abgestreift hatten. Ohne Zweifel wurde damit ein fruchtbarer Boden für eine Konvergenz *progressistischer* und katholischer Positionen in der Frage des Frauenwahlrechts geschaffen.

Infolgedessen wurde die konsequente Umsetzung des Frauenwahlrechts auch ein Hauptanliegen von ERD und URD/FR in den kommenden Jahren. Als das positive Votum der Kammer nach mehreren Verzögerungen 1922 im Senat debattiert wurde, war es der liberal-konservative Senator Gourju (Rhône), der als einer der wenigen Senatoren die Verteidigung des Frauenwahlrechts übernahm. Gleichwohl überstimmte die radikalsozialistische Mehrheit seinen Antrag, und das Frauenwahlrecht wurde schließlich im November 1922 endgültig abgelehnt. Lediglich die *progressistischen* und katholischen Senatoren der Fraktionen *Union républicaine*, *Gauche républicaine* und *Droite* hatten dafür gestimmt⁹⁰. Nachdem unter der Regierung des *Bloc National* das Frauenwahlrecht trotz Drängens der ERD also *ad acta* gelegt wurde, gründeten sich die Hoffnungen der Frauenbewegungen 1924 auf das Linkskartell, an dem immerhin die Sozialisten als große Befürworter des Frauenwahlrechts partizipierten. Auch Louis Marin erwartete nun eine Initiative seitens der Regierung und trug Innenminister Chautemps seine Unterstützung in dieser Frage an. Gleichwohl, den großen Erwartungen, die das Linkskartell durch seine republikanisch-revolutionäre Mystik geweckt hatte, folgten keine Taten, weder auf sozialem noch auf feministischem Gebiet. Als Chautemps Marin mitteilen ließ, das Frauenwahlrecht werde erst 1929 debattiert werden, erkannte dieser sehr genau, daß erneut die alte Verzögerungstaktik der Radikalen am Werke war. Marin brachte daraufhin im Dezember 1924 eine eigene Gesetzesinitiative zum Frauenwahlrecht ein, die den Frauen wenigstens für die Kommunalwahlen 1925 das aktive Wahlrecht zu-

⁸⁹ Er argumentierte, daß die *lutes politiques* den Frauen schaden würden. Ferner: „Il faut, autant que possible, que la mère de famille n'aille pas à l'usine et que le salaire du père soit suffisant pour nourrir la femme et les enfants.“ Zwar hätten auch die Frauen ihre Rolle im Weltkrieg gespielt, aber: „l'homme en a joué un aussi beau et même un plus grand (rôle), parce que [...] il a fait le plus sublime des sacrifices, celui de la vie sur l'autel de la patrie.“ JO, Débats, Chambre, 5. 5. 1919, S. 2299–2303, hier S. 2301. Lefebvre du Prey wurde daher auch in der größten *progressistischen* Tageszeitung, *La République française*, am 6. 5. 1919 kritisiert.

⁹⁰ Die von Hause/Keney, *Women's Suffrage*, S. 236–248, analysierten Reden zeigen, daß sich das Argumentationsmuster der radikalen Senatoren kaum verändert hatte und in der Regel stets auf die Beeinflussbarkeit der Frau durch die Kirche abhob. Ein radikaler Senator sah damit sogar das Ende der Republik besiegelt.

gestanden hätte⁹¹. Er erhielt dafür nicht nur Rückendeckung in der Partei, sondern auch von seiten der bürgerlichen Frauenbewegung, die in Marin ihren letzten Trumpf zu sehen begann⁹².

Marins Vorschlag wurde von der linken Mehrheit der Kammer abgelehnt, zum großen Unmut mancher Sozialisten im übrigen, die sich immer deutlicher von den Radikalen zu distanzieren begannen. In der FR wurde das Vorgehen Marins zwar gutgeheißen, jedoch bestand keine vollständige Einigkeit darüber, wie nach dessen Scheitern weiter zu verfahren sei. Marin selbst wußte, daß die gleichzeitige Einführung von aktivem *und* passivem Frauenwahlrecht, die er prinzipiell befürwortete, auch in den Reihen der Opposition, d. h. bei URD und den *républicains de gauche*, auf Widerstand stoßen würde⁹³. Wie in vielen Fragen erforderte die parlamentarische Praxis eine langsame Desensibilisierung auf diesem heiklen Gebiet und keine überstürzten Schnellschüsse. Auf dem FR-Parteitag von 1927 stellte der Experte für Wahlrechtsfragen der FR, Georges Bonnefous, daher auch ein modifiziertes Modell des Frauenwahlrechts vor, das sukzessive erst das aktive Wahlrecht (*électorat*) und dann das passive (*éligibilité*) einführen sollte, beginnend bei den Kommunalwahlen 1929 und endend mit den Kammerwahlen 1932, die das Erreichen der vollen politischen Gleichberechtigung der Frau markieren würden. Widerspruch kam dabei vom Familienpolitiker Auguste Isaac, der zwar einerseits das Familienwahlrecht gleichermaßen zwischen Mann und Frau aufteilen wollte, jedoch den Frauen prinzipiell kein passives Wahlrecht zugestand. Sein Antrag auf Abänderung des Berichts Bonnefous wurde von Marin in autoritärer Manier abgelehnt, da sich bei der Abstimmung vermutlich nicht wenige FR-Mitglieder auf die Seite Isaacs geschlagen hätten. In seiner Gegenrede betonte daher Marin auch nicht die moralische Richtigkeit des aktiven und passiven Frauenwahlrechts, sondern dessen funktionale Vorzüge: In Polen hätten gerade die gewählten Frauen die revolutionäre Welle gebremst, und auch schon während des Krieges hätten Frauen in vielen Gemeinden des besetzten Frankreich lokale Verwaltungspositionen übernommen und sich als gleichwertig bewährt⁹⁴.

Obwohl also das Frauenwahlrecht grundsätzlich eine Kernforderung der liberal-konservativen Sammlung und später der Partei darstellte, waren seine Details und das parteitaktische Procedere nicht unumstritten. Die FR befürwortete zwar

⁹¹ Marin erzählte diese Geschichte auf dem Kongreß der FR 1925, die stenographische Mitschrift in: AN 317, AP 85.

⁹² Die Initiative Marins war mit führenden Vertretern der URD abgesprochen, vgl. den Brief Blaisots an Marin vom 10. 4. 1925. Vgl. auch den Brief einer Gymnasiallehrerin aus Marseille vom 2. 4. 1925 im Namen ihrer 4 Töchter, die Marin dankt: „La France peut continuer à vivre grâce à vous“, in: AN 317, AP 17.

⁹³ Dies betont er auf dem FR-Kongreß 1925 und wittert in einem derartigen Vorschlag ein radikales Manöver, die ganze Sache platzen zu lassen, wie auch schon 1922. Vgl. die stenographische Mitschrift von 1925, in: AN 317, AP 85.

⁹⁴ Bonnefous hatte als Negativbeispiel die konservative Lady Harving in England angeführt, die sofort nach Einführung des Wahlrechts 1919 gewählt worden ist. Isaac vertrat seinen Vorschlag zum Familienwahlrecht ausdrücklich im Namen der *familles nombreuses*. Der Bericht über den Kongreß am 9. 12. 1927 findet sich in AN 317, AP 85. Zur Kritik Isaacs am Frauenwahlrecht und an Roulleaux-Dugage vgl. das Tagebuch Isaacs, Eintrag vom 1. 2. 1929, Carnets, S. 489.

auch die politische Emanzipation der Frau, jedoch in einer gemäßigten und kontrollierten Form und ohne die Radikalität der eigentlichen feministischen Bewegungen. Wenn man nun bedenkt, daß das Eintreten für das Frauenwahlrecht zu keiner Zeit nur ein von der ERD und FR besetztes Thema gewesen war, sondern vielmehr in allen politischen Strömungen und insbesondere bei den Sozialisten Anhänger hatte, so gilt es nun danach zu fragen, worin denn das Typische für die Motivation und Argumentation der liberal-konservativen Sammlung bestand. Für die Beantwortung dieser Frage soll nun sowohl eine strukturelle Dimension (I), d. h. die nach der Anbindung an Frauenverbände, sowie eine kulturelle (II), d. h. die nach den Leitvorstellungen, untersucht werden.

(I) Was die strukturelle Dimension betrifft ist zunächst festzustellen, daß die oben erwähnte UNVF als gemäßigt konservative Frauenbewegung im Verlauf der 1920er Jahre gewissermaßen zu einem femininen Pendant der liberal-konservativen Sammlung wurde. So zählten zu den Mitgliedern ihres Führungsstabes unter anderem die Frauen der FR-Abgeordneten Pierre Taittinger, Viellard, Bonnefous und de Moustier. Die Kommunikationsebene zwischen den beiden Verbänden beschränkte sich jedoch nicht nur auf persönliche Beziehungen, sondern zeigte sich auch in Reden des einen auf Veranstaltungen des anderen. So las vor den anstehenden Munizipalwahlen auf dem FR-Jahreskongreß 1925 Mlle. Moreau von der UNVF in deren Namen einen eigenen Bericht über die Einführung des Frauenwahlrechts, welchen der Kongreß als Parteitagbeschuß annahm (!). Der frisch gekürte Vorsitzende Louis Marin rundete ihren Vortrag ab, indem er erklärte, daß bei Einführung des Frauenwahlrechts 1871 die letzten 50 Jahre von „la paix intérieure“ und einem „gouvernement stable“ gekennzeichnet gewesen wären⁹⁵. Auch umgekehrt sprachen bei Tagungen der UNVF Redner im Namen der FR, und so waren z. B. auf dem großen Jahreskongreß der UNVF 1927 gleich vier Vizepräsidenten der FR, der Generalsekretär Guiter und der Vorsitzende des mächtigen FR-Verbandes von Paris, Dufresne, zugegen⁹⁶.

Die Zusammenarbeit der liberal-konservativen Sammlung mit dem konservativen Zweig der Frauenbewegung entwickelte sich also zu einem Charakteristikum und unterschied ERD und FR von allen anderen politischen Gruppierungen⁹⁷. Immer wieder dienten die UNVF und ihr Anliegen als Schnittstelle liberal-progressistischer und national-katholischer Positionen, so z. B. wenn sich Louis Madelin und der Marschall Foch auf eine gemeinsame Aktion mit der UNVF ver-

⁹⁵ Vgl. die stenographische Mitschrift über den Kongreß vom 19.-21. März 1925, in: AN 317, AP 86. Moreau war später auch Vorsitzende des Damenkomitees der *Jeunessees Patriotes* im Pariser 6. Arrondissement.

⁹⁶ Sie erklärten im Namen von URD und FR ihre volle Unterstützung; es waren die Abgeordneten Hervey, Bonnefous, Chassaigne-Goyon und Soulier, vgl. *La Nation* vom 5. 3. 1927. Maurice Ordinaire von der UNR du Doubs hielt sogar einen Vortrag dort und sagte ausdrücklich: „La guerre n'a-t-elle pas démontré que les femmes demeurées au pays, à la charrue, à l'ambulance, avraient les qualités voulues pour s'intéresser au salut public?“ In DR vom 4. 3. 1927.

⁹⁷ Nur der rechte Flügel der AD um Tardieu und Reynaud scheint mit der UNVF zusammengearbeitet zu haben, vgl. die beiden Briefe der Duchesse de la Rochefoucauld an Tardieu vom 16. 6. und 25. 6. 1936, in: AN 324, AP 10.

ständigten⁹⁸. Das Interesse, das beide Seiten daran haben mußten, den Kontakt möglichst eng zu halten, ist gleichfalls evident. Für die UNVF bildete die FR den Transmissionsriemen ihrer Forderungen, während umgekehrt die FR vom strukturellen Netzwerk der zeitweise über 100 000 Mitglieder zählenden UNVF profitieren konnte⁹⁹. Obwohl die Frauen während der gesamten Zeit der Dritten Republik das Wahlrecht nicht zugesprochen bekamen, darf ihre propagandistische Rolle im Wahlkampf sicherlich nicht unterschätzt werden, und zwar nicht nur was den Einfluß auf ihre Ehemänner betraf, sondern gerade auch bezüglich der sozialkulturellen Leitwerte, die von der UNVF verbreitet wurden, und die, wie gleich zu zeigen sein wird, mit denen der FR übereinstimmten. Die UNVF übernahm daher in gewisser Hinsicht diejenige Rolle für die FR, die die katholische Frauenbewegung für die ALP vor dem Krieg eingenommen hatte.

(II) Von besonderer Bedeutung war dabei, daß die Motivation und die Argumentationsmuster von FR und UNVF identisch waren. Beide strebten sie nicht nach einer prinzipiellen Gleichberechtigung von Mann und Frau und der damit aus ihrer Sicht verbundenen Angleichung der Geschlechter, sondern nach der Aufrechterhaltung der verschiedenen Geschlechterrollen gerade *durch* das moderne Element des Wahlrechts¹⁰⁰. In dieser Konzeption waren progressive und traditionalistische Vorstellungen auf eine eigenartige Weise verbunden, da die Frau zwar als *citoyen* politisch gleichberechtigt sein sollte, ihre soziale Rolle aber auf den Erhalt der Nation durch Gebären und Kindererziehung reduziert wurde. Zunächst zum fortschrittlichen Element: Die FR-Zeitung *La Nation* stellte am 25. Februar 1928 fest, daß es weder intellektuelle noch moralische noch staatsbürgerliche (*civiques*) Unterschiede zwischen Mann und Frau gebe. Aus diesem Grund hätten sich auch die Frauen in allen Krisensituationen der französischen Geschichte bewähren können, angefangen von Jeanne d'Arc bis zu den Frauen der Gegenwart. In diesem Sinne argumentierte z.B. François de Wendel vor der UNVF in Nancy, wenn er die Blockade-Haltung der Radikalen mit den Auffassungen der Merowinger verglich: „Malgré les exploits de Jeanne la bonne lorraine [...] bon nombre de nos compatriotes raisonnent encore je crois comme les Mérovingiens.“¹⁰¹ Edmond Petitfils, ebenfalls Abgeordneter der URD, betonte, daß die alte Regel der Jakobiner, nur den Mobilisierbaren, d.h. den Männern, komme das Wahlrecht zu, seit dem Krieg überholt sei, da gerade die Krankenschwestern und Bäuerinnen einen großen Anteil am Sieg hätten¹⁰². Die Mobilisierbarkeit der Frau

⁹⁸ Brief Fochs an Madelin vom 11. 12. 1924, in: AN 355, AP 2.

⁹⁹ Bemerkenswert ist, daß viele Gruppen der katholischen Frauenbewegung LPDF komplett in die UNVF übergetreten waren oder an deren Kampagnen partizipierten. Innerhalb der FNC blieb freilich das Frauenwahlrecht bis in die 1930er Jahre umstritten, obwohl der FR-Senator François-Saint-Maur immer wieder dafür warb, vgl. Bonafoux-Verax, *Fédération*, S. 228.

¹⁰⁰ Vgl. *La Nation* vom 10. 11. 1925: Deutliches Indiz dafür seien die neueren Moderscheinerungen, die die Frauen zu „amazonnes contemporaines“ machten und ihnen neuartige Rollen zuwiesen („tout se virilise“). Nur morgens könne man noch ehrenwerte Frauen sehen, die an die „vie parisienne“ der Jahre 1880 bis 1890 erinnerten.

¹⁰¹ Das Manuskript für die Rede vom 23. 4. 1934 im Dossier Notes personnelles von de Wendel, in: AN 190, AQ 13.

¹⁰² *Bulletin de l'ALP* vom 1. 3. 1927.

für die nationale Sache, wie sie der Krieg gezeigt hatte, wurde also zu einem wichtigen Argument in der Forderung nach dem Frauenwahlrecht.

In dieser nationalen Mobilisierbarkeit lag gleichzeitig auch das entscheidende Verbindungselement zwischen den fortschrittlichen und rückwärtsgewandten Vorstellungen. Mit der staatsbürgerlichen und politischen Gleichberechtigung, die aus der Mobilisierbarkeit resultierte, korrespondierte nämlich eine gewisse Aufgabe der Frau in der Nation, die alles andere als modern war. Louis Marin, einer der eifrigsten Verfechter des Frauenwahlrechts, hatte bereits 1908 den Tod der Mutter im Kindbett als höchste Pflichterfüllung der Frau, als ihr eigenes Schlachtfeld der Ehre (!) bezeichnet¹⁰³. Den gleichen Ansatz verfocht auch die UNVF, die, so wie einst die LDPF die religiösen Interessen verteidigte, die Bewahrung und Förderung der traditionellen Frauenrolle als Mutter und Erzieherin auf die Fahnen geschrieben hatte. Nur so könnten die „tradition suprême de la famille“, der „ordre établi“ und die mütterlichen Tugenden erhalten bleiben¹⁰⁴. Die hier vorgebrachte Ordnungsvorstellung korrespondierte auf ideale Weise mit dem sozialmoralischen *Familialismus* und dem konservativen Ordnungdenken der FR. Wenn die UNVF aber das liberal-konservative Familienbild teilte und als erste Aufgabe der Frau ihr Dasein als Mutter möglichst vieler Kinder anpries, so war ihr Leitbild nicht mehr das von der privaten Isoliertheit der Frau, wie es im 19. Jahrhundert noch der Fall gewesen war. Im Gegenteil, die Frau sollte sich trotz oder gerade auf Grund ihrer Mutterrolle in erzieherischen und sozialen Werken einbringen und fortbilden, um ihrem Anspruch auf politische Mitgestaltung gerecht zu werden. Das Frauenwahlrecht war insofern nicht nur Kompensation für die Leistung der Frau in der Nation, sondern fungierte als politische Ergänzung des sozialen Auftrags der Frau zur Erhaltung einer als ideal gesetzten sozialmoralischen Ordnungsvorstellung. Es wurde daher nicht so sehr als ein individuelles Recht, sondern vielmehr als kollektive Pflicht interpretiert, die die Frau im Interesse ihres Wesens, aber auch zur Bewahrung der für sie als adäquat gedachten Lebenswelt, wahrnehmen müsse.

3. Zusammenfassung

Zusammenfassend kann also festgestellt werden, daß die liberal-konservative Sammlung die „kinderreiche Familie“ als eigenes Ordnungsmodell für die Nachkriegsgesellschaft postulierte, das sowohl Individualismus wie Korporatismus überwand und als eigenständige ideengeschichtliche Position verstanden werden kann. Dieser *Familialismus* war einer breiten Debatte der konservativen Kreise – republikanischer wie katholischer – im Umfeld der RDDM während des Ersten Weltkriegs entsprungen und hatte in den gleichzeitig entstandenen Vereinen des *mouvement familial* seinen sozialen Niederschlag gefunden. Viele ERD/FR-Po-

¹⁰³ Zitiert in einer biographischen Skizze in *Au service du pays*, 1939, S.10: Seine eigene Mutter sei auf dem „champ d’honneur de la maternité comme les soldats“ gefallen; der Tod im Kindbett sei „l’accomplissement d’une mission sublime! Mourir pour l’avenir de la race et de la patrie.“

¹⁰⁴ Zitiert nach Hausse/Keney, *Women’s Suffrage*, S. 226.

litiker führten diese Verbände an und schufen sich damit eine gesellschaftliche oder, wenn man so will, interessenspolitische Basis für ihre Aktion. *Familialismus* und *mouvement familial* können mithin als Versuche der liberal-konservativen Sammlung interpretiert werden, sich eine eigene Subkultur und Substruktur in der Gesellschaft, v. a. den ländlich-katholischen Gebieten, aufzubauen, die nicht mehr der Unterstützung des Klerus und der Fundamentalkatholiken bedurfte. Es konnte ferner gezeigt werden, daß sich die liberal-konservative Sammlung an diesem Familienmodell herauskristallisieren konnte, weil es die weltanschaulichen Gegensätze der Vorkriegszeit aufhob. Die *Progressisten* gaben die Reste ihres liberal-individualistischen Erbes vollends auf und nahmen aus bevölkerungspolitischen Motiven (Garantie der nationalen Wehrkraft) die „kinderreiche Familie“ als Basiszelle der Gesellschaft an. Gleiches taten die Katholiken, die auf die fundamentalkatholische Argumentation in ihrer Familienvorstellung verzichteten und die „kinderreiche Familie“ als eigenständige sozialmoralische Kategorie akzeptierten.

Eine in diesem Sinne betriebene Familienpolitik, die von Nationalismus und moralischem Rigorismus geprägt war, brachte nicht nur eine eigene, für die liberal-konservative Sammlung typische Sozialpolitik hervor, sondern verstand sich selbst auch dezidiert als Alternative zu den Forderungen der Sozialisten und Kommunisten. Staatliche Umverteilung sollte nicht nach materiellen Kriterien (Art der Arbeit, Armut, Besitz), sondern nach moralischen Maßstäben erfolgen. Nur die für die nationale Verteidigung und die öffentliche Moral „wertvollen“ ländlich-katholischen Großfamilien sollten in den Genuß staatlicher Leistungen kommen. Ein ähnliches Prinzip galt auch für das Wahlrecht, das nicht mehr auf dem Individuum als freiem und unabhängigem Wesen, sondern auf der Familie als Keimzelle der Gesellschaft aufgebaut sein sollte und die Stimmenanzahl proportional zur Kinderzahl festlegte (*vote familial*).

Einen weiteren Konsens *progressistischer* und katholischer Vorstellungen erzielte die Forderung nach dem Frauenwahlrecht, da beide Gruppen bereit waren, einen Modernisierungsschritt zu vollziehen und sich vom hergebrachten Männerwahlrecht zu lösen. Anders als bei den Sozialisten war dieser Modernisierungsschritt aber an konservative Ordnungsvorstellungen von der sozialen Rolle der Frau als Mutter gebunden und hatte seine argumentative Kraft aus der im Krieg erprobten Leistungs- und Mobilisierungsfähigkeit der Frau für die Nation geschöpft. Darin stimmten die Politiker der liberal-konservativen Sammlung und der FR mit der bürgerlich-konservativen Frauenbewegung (UNVF) überein, was zu einer dauerhaften und intensiven Allianz und Kooperation der beiden führte. Die FR verfügte daher in dieser Frage über eine sozialstrukturelle Rückkoppelung und fungierte selbst als Transmissionsriemen eines gesellschaftlichen Interessenverbandes. Wie auch schon bei den *familles nombreuses* ergänzten sich Partei- und Interessenpolitik zur Durchsetzung nationalistisch-konservativer Ordnungsvorstellungen, wobei, dies sei abschließend noch einmal betont, die FR wohl nicht nur ein ideelles, sondern auch ein taktisches Interesse am Frauenwahlrecht gehabt hatte: Man erwartete sich ohne Zweifel einen überproportionalen Anteil an der Zahl der Frauenstimmen.